

Das neue Informationsfreiheitsgesetz und die Gemeinden

Seiten 30 und 31

Starke Minderheit: Korneuburg

Nach einem schönen Zugewinn (+2) hält die SPÖ nun elf Mandate

Seiten 22 und 23

Vösendorf hat jetzt eine SPÖ-Bürgermeisterin

Seite 8

ROTE ARBEIT WURDE BELOHNT

Ein sattes Plus von fünf Mandaten konnte die regierende SPÖ von Klein-Pöchlarn bei der GRW 2025 erringen. Im Titelbild ist Bürgermeister Johannes Weiß vor einer Spiegel-Installation mit Ortspanorama des Künstlers Herbert Golser, der in Klein-Pöchlarn lebt und wirkt, zu sehen. – Ortsreportage ab Seite 24

FROHE WEIHNACHTEN
und ein gutes neues Jahr!



2025 war ein Jahr voller gemeinsamer Schritte in Richtung digitale Zukunft.

Wir danken unseren Kund:innen und Partnern, dass wir diesen Weg mit ihnen gemeinsam gehen durften.

Unser gesamtes Team wünscht ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Start in ein erfolgreiches neues Jahr!

inhalt.

Vösendorf

Nach jeder Menge Skandalen hat die ÖVP in Vösendorf die Absolute und damit auch das Bürgermeisteramt verloren. Jetzt steht mit der VS-Lehrerin Gabriele Scharrer (Bild) eine rote Bürgermeisterin an der Gemeindespitze.



BGM packt zu

Einmal pro Quartal wirft sich der Ebreichsdorfer Bürgermeister NR Wolfgang Kocivar (Bild) in die Arbeitskluft und packt am Bauhof mit an – dort wo gerade eine zusätzliche Arbeitskraft benötigt wird. Was anfangs schon mal zur Verwunderung bei den BürgerInnen geführt hat ...



Eine starke Minderheit: die SPÖ in Korneuburg

Ein schöner Zugewinn von zwei Mandaten und ein herber ÖVP-Verlust von drei Mandaten machen die SPÖ-Korneuburg zu einer sehr starken Minderheit.

05 Editorial

Präs. Kollross über die bedrohliche Schieflage bei den Gemeindefinanzen.

10 Interview

mit „Stadt.Land.Frust“-Autor Prof. Dr Lukas Haffert.

20 Neue Autorin bei der frau.kommunal

24 Ortsreportage

In Klein-Pöchlarn prosperieren sowohl die Gemeinde als auch die SPÖ-Mehrheit.

30 Info-Freiheitsgesetz

... aus Sicht der Gemeinden.

32 TRAUE hilft

Eine neue Plattform unterstützt Gemeinden im Verwaltungs-Alltag.

36 Austausch mit Altbürgermeistern

Gelungenes Treffen: Ehrfahrungsschatz traf auf rote Zukunftspolitik..

20 Jugendpartner

Unter den Ausgezeichneten auch viele SPÖ-Gemeinden.

40 Pflegeeltern

... dringend gesucht.

42 Jugend-KOPAK

SJNÖ: Eigenes Jugend-Budget für jede Gemeinde.

44 Der Gemeinde-Rat I

Die Aufsichtsbeschwerde: Instrument gegen Missstände.

46 Der Gemeinde-Rat II

Was die Novelle der NÖ Bauordnung so mit sich bringt.



**Die bei uns geht
was weiter Bank.**

Die HYPO NOE finanziert mit Weitblick in Österreichs Gemeinden. Darum können auch kommende Generationen auf unsere innovativen kommunalen Lösungen bauen: vom Kindergarten bis hin zum Hochwasserschutz. Mehr dazu auf hyponoe.at

editorial.

SCHIEFLAGE BEI DEN FINANZEN BEDROHT UNSERE KOMMUNEN



Die Städte und Gemeinden haben gerade ihr Budget für das kommende Jahr ausgearbeitet und teilweise bereits beschlossen. Überall zeigt sich das gleiche Bild. Der finanzielle Spielraum wird geringer, in vielen Gemeinden reicht es gerade noch, um den Gemeindebetrieb, mit den uns per Verfassung zustehenden Aufgaben, wie zum Beispiel der Kinderbetreuung, aufrecht zu erhalten. An Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, für mehr Lebensqualität unserer MitbürgerInnen ist kaum noch zu denken. Wir sind als KommunalpolitikerInnen mal wieder Krisenmanager. Dieses Mal unserer eigenen Budgets – und wie so oft kommen wir zum Handschlag für Problemstellungen, für die wir selbst nicht verantwortlich zeichnen.

Die finanzielle Schieflage in den Kommunen ist vielschichtig. Da gibt es zum einen die nach wie vor vorhandene Wirtschaftskrise, die zur Folge hat, dass die Steuereinnahmen des Bundes geringer ausfallen und somit der Anteil der Kommunen aus dem Gesamtsteuereinkommen, der in Form von Ertragsanteilen jeden Monat angewiesen wird, ebenfalls geringer ausfällt.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Viel stärker wiegt die Problemstellung der Mitfinanzierungen in Form diverser Umlagen, die seitens der Städte und Gemeinden an das Bundesland

zu leisten sind. Diese zeigen sich nämlich unbeeindruckt vom geringeren Steueraufkommen und vom damit einhergehenden Einkommensverlust der Kommunen.

Ganz im Gegenteil. Hier schlägt sich nun eine seit Jahren bestehende Schieflage noch deutlicher zu Buche. Schon das ganze letzte Jahrzehnt hat sich hier eine negative Entwicklung gezeigt. Die Einbehalte des Landes waren meistens höher als die Steigerungen der Ertragsanteile. So gab es auch schon im letzten Jahrzehnt de facto weniger Finanzmittel in den Kommunen, was aber nicht so stark zum Vorschein kam wie das jetzt der Fall ist, da die Umlagen nach wie vor dynamisch steigen, die Einnahmen aber stagnieren. Das führt nun in vielen Kommunen zu einer finanziellen Schieflage, die im eigenen Wirkungsbereich nicht mehr lösbar ist.

Die Frage, die wir uns als KommunalpolitikerInnen deshalb für die Gegenwart und Zukunft zu stellen haben, die wir vor allem aber den uns übergeordneten Gebietskörperschaften Bund und Bundesland zu stellen haben, lautet: Ist es noch zeitgemäß die Republik und deren Aufgaben durch zwei oder gar drei Gebietskörperschaften zu finanzieren? Wir haben als Kommunen im Bereich der Spitalerhaltung, im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, wie

der Sozialhilfe nichts mitzureden. Die Entscheidungen fallen auf Bundes- und Landesebene. Warum müssen wir dann trotzdem 50 Prozent mitfinanzieren?

Ich bin der Meinung, derjenige der anschafft, muss auch derjenige sein, der bezahlt! Die Kommunen schaffen nicht an, somit sollten sie auch von der Mitfinanzierung befreit werden.

Vielleicht ist es möglich, die Krise als Chance einer wirklichen Aufgabenreform zwischen Bund, Bundesland und Kommunen zu entwickeln. Ich bin gerne bereit, darüber zu diskutieren, im Zuge des nächsten Finanzausgleichs eine Reduktion des Gemeindeanteils vom Gesamtsteuereinkommen in Kauf zu nehmen, wenn gleichzeitig die Mitfinanzierung, der zuvor angesprochenen Bereiche, wegfällt.

Ich bin mir sicher, dass die Verantwortung sowie die Finanzierung aus einer Hand, wer das auch immer sein mag, kostengünstiger und auch effizienter ist, als jenes Zuständigkeitswirrwarr, indem wir uns jetzt befinden.

Herzlichst Euer

Bgm. Andreas Kollross
NÖ GVV-Präsident

DIESMAL KEINE KRAWATTE... LIEBER EIN GESCHENK, DAS KINDERN IN NOT HILFT

Mit einem Herzensgeschenk schenken Sie Kindern in Not Freude, Geborgenheit und neue Chancen. Machen Sie Ihr Weihnachtsgeschenk zu einem Zeichen der Menschlichkeit. Ihre Spende unterstützt die Arbeit der Volkshilfe und schenkt positive Veränderungen und neue Perspektiven. **Als Dank erhalten Sie eine Urkunde, die Sie an Ihre Liebsten verschenken können.** Ihr Herzensgeschenk sorgt garantiert für lächelnde Gesichter – in zweifacher Hinsicht. Ab 15 Euro! Mehr auf der Website <https://www.volkshilfe.at/herzensgeschenke/>



BRAVO! VÖSENDORF HAT WIEDER EINE SOZIALDEMOKRATISCHE FÜHRUNG

Gabriele Scharrer (57, Bild) wurde am Abend des 20. Oktobers vom Gemeinderat der Marktgemeinde Vösendorf (Bezirk Mödling) mit 19 Stimmen zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Zum Vizebürgermeister avancierte V2000-Bürgerlistenchef Peter Meisinger.

Die Wahl im Detail: Von 33 abgegebenen Stimmen waren 31 gültig, zwei ungültig. Auf die ÖVP-Kandidatin und bisherige Bürgermeisterin Birgit Petross entfielen 12 Stimmen, SPÖ-Kandidatin Gabriele Scharrer erreichte 19 Stimmen.

Scharrers Wahl wurde möglich, weil sich die SPÖ und die Bürgerliste V2000 in Koalition begaben. Neo-Bürgermeisterin Gabriele Scharrer ist Lehrerin, Gründerin des lokalen Musikvereins und die Ehefrau von Ex-Bürgermeister Fritz Scharrer, der der Gemeinde von 2009 bis 2015 vorstand.

Mit der ÖVP wollte nach den unrühmlichen und skandalösen Geschichten rund um Ex-VP-Bürgermeister Hannes Koza nun niemand mehr koalieren. Die Volkspartei und ihre Koza-Nach-

folgerin Birgit Petross müssen in Opposition. In den Medien verlauteten die Schwarzen, dass sie der neuen Koalition „ganz genau auf die Finger schauen“ wollen. Das hätten sie besser schon bei ihrem eigenen Bürgermeister Koza tun sollen.

Und wie werden es nun die neue Chefin der Marktgemeinde und ihre SPÖ-Fraktion anlegen? Scharrer: „Wir wollen gemeinsam mit allen Fraktionen – nicht gegeneinander – das Beste für Vösendorf erreichen. Neben der engen Kooperation mit V2000 freuen wir uns auch über die konstruktive Zusammenarbeit mit den Grünen und den NEOS – getragen von einem gemeinsamen Blick nach vorne. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen Entscheidungen treffen, die auf Sachlichkeit, Transparenz und

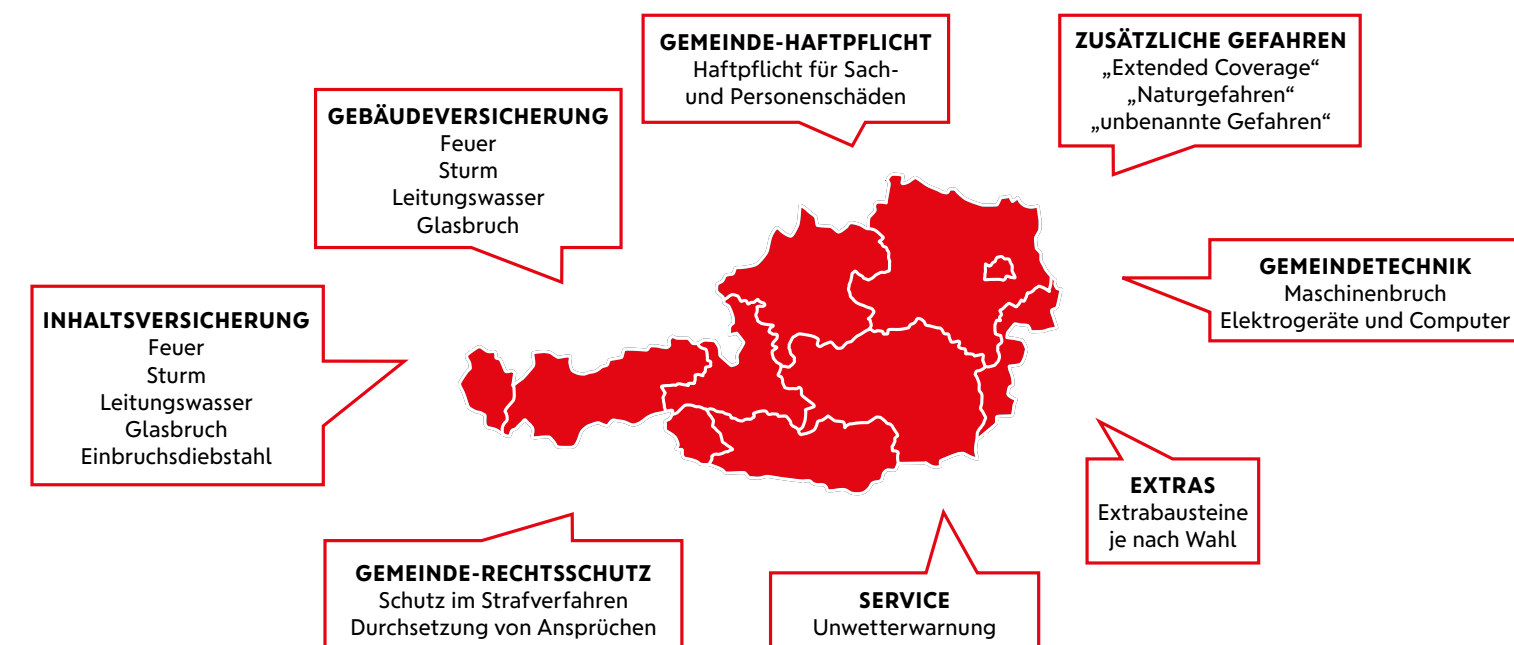
Einbindung basieren – nicht auf Parteipolitik. Gemeinsam werden wir ein lebenswertes, nachhaltiges und zukunfts-sicheres Vösendorf gestalten – für alle!“

Und NÖ GVV-Präsident Bgm. Andreas Kollross zum Machtwechsel in Vösendorf: „Ich freue mich über eine weitere rote Bürgermeisterin in Niederösterreich und möchte Gabi Scharrer und ihrem Team zu diesem Erfolg herzlich gratulieren. Ich bin der Überzeugung, dass sie die Richtige für diesen herausfordernden Job ist und sie und ihr Team gute Arbeit für die VösendorferInnen und ihre Heimatgemeinde leisten werden.“

Die 33 Mandate verteilen sich im Vösendorfer Gemeinderat aktuell wie folgt:

ÖVP: 12 Mandate (-5)
SPÖ: 10 Mandate (+/-0)
FPÖ: 3 Mandate (+1)
Grüne: 1 Mandat (+/-0)
V2000: 6 Mandate (+3)
NEOS: 1 Mandat (+1)

Sicherheit für Österreichs Städte und Gemeinden



Unsere Gemeinde-General-Polizze

- Risikoanalysen, Gutachten für Gebäude und Betriebe
- Darstellung des Versicherungsschutzes in der Gemeinde-Generalpolizze
- Unterversicherungsverzicht, Investitionsschutz
- gratis Unwetterwarnung
- umfassendes 24h-SchadenService

Nähere Infos erhalten Sie in der Landesdirektion Niederösterreich, unter 050 350 - 4100 oder per E-Mail: ld-noe@wienerstaedtische.at

#einesorgeweniger
Ihre Sorgen möchten wir haben.



Professor Dr. Lukas Haffert mit seinem ausgezeichneten Buch „Stadt.Land.Frust“ im Büro des NÖ GVV

interview.

STADT VS. LAND: DIE GROSSE KLUFT, DER EWIGE KONFLIKT



Mit seinem Buch „Stadt.Land.Frust“ schuf der renommierte deutsch-schweizerische Ökonom und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Lukas Haffert (37, Bild) eine ausgezeichnete Bestandsaufnahme und Analyse des klassischen Konfliktes zwischen Stadt und Land. Im große KI magazin-Interview spricht er auch über seine Sicht auf die diesbezüglichen österreichischen Verhältnisse.

Der Konflikt zwischen Stadt und Land zählt zu den ältesten politischen Konflikten überhaupt und geht auf die frühesten Hochkulturen zurück. Einen Höhepunkt erlebte er bei der Entstehung der modernen Parteiensysteme im 19. Jahrhundert – aber in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verlor er stark an Bedeutung. Erst seit den 1980er-Jahren brach dieser Konflikt wieder auf und dauert bis heute an. Warum?

Dass der Konflikt im 19. Jahrhundert so groß ist, liegt an der Industrialisierung. Das Land ist noch agrarisch. Das heißt, auf einmal ist die Wirtschaft in Stadt und Land sehr unterschiedlich und beide haben ganz unterschiedliche Interessen. Das wichtigste Konsumgut ist Nahrung. Nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht die Industrialisierung auch das Land. Das wird möglich durch die PKW und die LKW, Stadt und Land werden einander ähnlicher. Die Landwirtschaft verliert ganz stark an Bedeutung. Und auch auf dem Land arbeiten jetzt die meisten

Leute in Industriebetrieben.

Also die neue Mobilität spielte hier eine große Rolle...

Genau. Die Mobilität der Menschen selber, aber auch die der Produktion. Im 19. Jahrhundert hieß Produktion *Ich muss an der Eisenbahn sein*. Der LKW ändert diese Logistik und dann zieht die Industrie aus den Städten raus. Dadurch werden sich Stadt und Land ähnlicher. Wenn man sich die Berufsstrukturen anschaut, ist die Berufsstruktur zwischen Stadt und Land wieder verhältnismäßig ähnlich. Aber ab 1980 wird sie wieder unterschiedlicher.

Was ist da passiert?

Die Fabriken verlegen nach China, nach Portugal oder – ab 1990 – auch nach Osteuropa. Und bei uns gehen sie wieder öfter aufs Land, wo es mehr Platz gibt. Wo man ihre Emissionen als nicht so störend empfindet und Lärm nicht so ein großes Thema ist. Überall haben wir einen Trend zur Dienstleis-

tungsökonomie, aber die Dienstleistungsökonomie in den Städten ist besonders wissensintensiv.

Das heißt, die Arbeitsplätze, die dort entstehen, sind mehrheitlich für Menschen mit Universitätsabschluss. Das hat dann den Konflikt Stadt/Land neu befeuert. Wenn wir hier über Österreich sprechen, ist das ganz ähnlich wie in Deutschland und in der Schweiz. Und nicht wie in den USA, wo es heißt: *Es gibt halt die reichen Städte und das arme Land*. Aus den USA kennen wir ja so eine Erzählung über abgehängte Regionen, wirtschaftliche Verheerung – aber das gilt für die Länder im deutschsprachigen Raum so nicht. Höchstens vielleicht für Ostdeutschland.

Aber trotzdem entsteht auch bei uns dieser Stadt/Land-Konflikt aus dieser ökonomischen Basis. Diese ist aber nicht einfach so, dass es auf dem Land keine Jobs mehr gibt, es sind jetzt halt sehr unterschiedliche Berufsstrukturen. Eine der Thesen, die dieses Argument tragen, ist: *Was wir arbeiten, hat eine ganze Reihe von Einflüssen darauf, was wir für Einstellungen haben. Insbesondere auch politischen Einstellungen*.

Ganz typisches Beispiel: Es war viel einfacher die industrielle Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren, als es nun gelingt, die dienst-



leistungsprekären ArbeiterInnen von heute diesbezüglich zu mobilisieren. Obwohl die eigentlich ganz ähnliche materielle Interessen haben sollten. Aber FabrikarbeiterInnen konnte man viel leichter organisieren als beispielsweise Leute, die heute bei einem Lieferdienst arbeiten.

Ihre Erhebungen und Erkenntnisse in Sachen Gesellschaft und auch die Veränderung der politischen Landschaft beziehen sich in ihrem Buch, nicht ausschließlich, aber doch hauptsächlich, auf Österreich umlegen?

Schon sehr. Denn, das gibt die Forschung, auf die ich mich stütze, durchaus her. Die deckt eine bunte Mischung europäischer Länder ab, und besonders Deutschland, Österreich, Schweiz verbinden wegen ihrer ökonomischen Struktur große Ähnlichkeiten. Weil zum Beispiel hier der ländliche Raum, anders als in Frankreich oder den USA, wohlhabend geblieben ist.

Sie sehen auch den Aufstieg der rechtspopulistischen AfD diesem Stadt-Land-Konflikt geschuldet. Warum? Und gilt das auch für die FPÖ?

Obwohl es in Westdeutschland den ländlichen Regionen allgemein recht gut geht, gibt es dort in Ostdeutschland doch eine Menge Frust. Das ist ein Frust, der sich weniger aus dem ökonomischem Niedergang speist, sondern aus dem Gefühl von fehlender Anerkennung. Aus dem Gefühl, dass man nicht repräsentiert ist, dass Politik über die eigenen Köpfe gemacht wird. Dass Medien, wenn sie die Welt beschreiben, einen städtischen Blick auf die Welt werfen. Und dieser Frust wird von der AfD aufgegriffen. Sie ist quasi ein politisches Vehikel und sagt: *Wir ventilieren euren Frust*. Ich weiß zu wenig über die besondere Geschichte der FPÖ, deshalb fällt es mir schwierig, diese Frage zu beantworten. Aber die Sache mit dem Frust scheint auch in Österreich diesbezüglich eine Rolle zu spielen. Und die Pandemie war da noch ein Verstärker.

In Österreich ist die sogenannte „Ausdünnung des ländlichen Raums“, die seit Jahren fortschreitet, schon länger ein großes Thema. Sprich: das Zusperrn von Nahversorgern, Gasthäusern, Bankfilialen, Postämtern, Polizeistationen und Arztpraxen vor Ort. Wie kann man dem entgegenwirken?

(stöhnt) Schwierig. Die Erfahrung, die ich, seit ich das Buch veröffentlicht habe, mit Leuten, die sich für diesen Bereich interessieren, gemacht habe, ist, dass alle Leute sagen, dass diese Bereiche erhalten werden müssen und es gut finden, dass es Initiativen in diese Richtungen geben soll. Nur konkret und praktisch in ihrem Alltag einen Beitrag dazu zu leisten, das tun sie oft dann doch nicht. Zum Beispiel können 90 Prozent in einem Dorf dafür sein, dass das Wirtshaus offenbleibt und wollen, dass sich die Politik darum kümmert. Aber gehen die Leute dann auch selber wieder öfter dahin?

Aber gerade in Sachen Wirtshaus und Nahversorgern gibt es in Österreich

Fotos: www.fotoplutsch.at



schon hin und wieder Rettungsaktionen, wo die BürgerInnen die Sache erfolgreich selbst angegangen sind. Gibt's das in Deutschland nicht?

Doch, kommt auch vor. Und es

gibt auch Landesregierungen, die das subventionieren. Trotzdem höre ich immer wieder Geschichten, wo so was gefordert wird, und wenn es dann ernst werden soll, ist niemand mehr da, um mitzumachen. Auch beim Thema Nahversorger. Alle wollen einen im Ort und wenn sie ihn noch haben, kaufen sie kaum dort, sondern fahren mit dem Auto in die Stadt zum Supermarkt. Das Problem für die Politik dabei ist: Nur weil man erkannt hat, dass es gewisse Angebote im Ort braucht, kann man die ja kaum politisch dekretieren.

Das heißt, die Initiativen müssen von der Gesellschaft gesetzt, umgesetzt werden?

Ja. Was man von der Politik dazu erwarten kann, ist aber, dass die Bürokratie solchen Bemühungen möglichst wenig Steine in den Weg legt. Stichwort Bürokratiereform.

Wie welche Rolle spielt das Thema Föderalismus, der in Österreich ja sehr ausgeprägt ist, in dieser Stadt/Land-Konfliktsituation?

Ich denke, eigentlich eine positive. Im Sinne von, dass er ein Instrument ist, das man hat, um auf unterschiedliche Bedürfnisse unterschiedliche Antworten zu geben. Und aus der Stadt/Land-Perspektive würde ich sagen: An der Basis des Stadt/Land-Gegensatzes steht doch erst mal die Erkenntnis, dass politische Einstellungen weder gleichmäßig noch zufällig im Raum verteilt sind. Sondern die sind irgendwie systematisch, geografisch unterschiedlich verteilt. Und Föderalismus ist darauf eine Antwort.

In der Schweiz hatte Föderalismus die Antwort darauf, dass zwei Drittel des Landes evangelisch waren und ein Drittel katholisch. Das ist heute irgendwie egal, aber damals war das ein wichtiger politischer Konflikt. Also hat man gesagt, dass die Katholiken ihr Schulsystem bitte so gestalten sollen, wie ihnen das katholisch angemessen erscheint und die Protestanten so, wie ihnen das evangelisch angemessen erscheint.

Für die Bearbeitung dieses Konfliktes ist es doch ein Vorteil, wenn man sagen kann, dass die, die das auf die eine Art sehen, mehrheitlich an einem Ort wohnen und die, die das auf eine andere Art sehen, die wohnen einheitlich an einem anderen Ort. Dann kann ich das politisch mit verschiedenen Regeln an den beiden Orten gut bearbeiten. Wenn jetzt der politischen Konflikt Männer gegen Frauen wäre, dann könnte ich das natürlich nicht. Überall ist die Bevölkerung Fifty-fifty verteilt, da kann ich keine verschiedenen Regeln machen.

Das alles kann natürlich auch, gelinde gesagt, seltsam sein. Beispielsweise liegt in der Schweiz die Einbürgerungsfrage bei der Gemeinde. Das heißt, die Regeln für die Einbürgerung sind überall im Land ganz unterschiedlich. Das ist aus meiner deutschen Perspektive super bizarr.

Trotzdem kann ich der Möglichkeit bei unterschiedlichen Themen unterschiedliche Lösungen anzubieten, etwas abgewinnen. Also zusammenfassend denke ich, dass föderale Staaten allgemein besser in der Lage sind, politischen Konflikte zu moderieren und Kompromisse herbeizuführen als beispielsweise Frankreich.

In Ihrem Buch widmen Sie dem Kapitel Metropolen-/Berlin-Kritik einiges an Raum. Gibt es auch hier Erkenntnisse, die man auf Österreich umlegen kann? Wien galt ja schon im Kaiserreich als „Wasserkopf“ und bis heute betrachten Wiener und Restösterreicher sich miteinander gegenseitig recht despektierlich.

Die Definition von Populismus, die sich in der Politikwissenschaft durchgesetzt hat, ist ja: Populisten stellen gegenüber. Das Volk, das ist gut und weiß was richtig ist. Und dieses Volk befindet sich in einem Konflikt mit einem irgendwie verräterischen Gegner. Dieser Gegner ist wahlweise, nach oben, die politische Elite oder, nach unten, die Migranten.

Und die Hauptstädte, typischerweise die größten Städte der Länder, sind im Grunde Symbole für beides. Indem man auf die Hauptstädte draufhaut, kann man sagen: Ich hau' auf die Elite. Das läuft bei uns so unter Berliner Blase. Ich kann aber auch sagen: Oh Gott, ich will keine Verhältnisse wie in den Multikulti-Bezirken der Hauptstadt. Das funktioniert vielerorts so. In Berlin, Wien, London, Paris, Washington D.C. Nur in der Schweiz nicht, da wird bemerkenswerterweise mehr auf Zürich als auf Bern geschimpft.

Und umgekehrt? Warum reden die Hauptstädter oft und gern über die Landbevölkerung schlecht?

Wie die Städter aufs Land schauen, ist nicht feindselig, sondern gönnerhaft. Das ist etwas anderes. Trotz allem, was ich gesagt habe, sind ja Stadt und Land ganz allgemein als Gewinner und Verlierer codiert. Also wenn man so darüber redete, wie wir jetzt darüber reden, ist es tendenziell so: Die Städte sind die Gewinner, da ist das Universitätsleben und das Land ist der Verlierer. Das ist immer noch der vorherrschende Diskurs. Der Beweis dafür sind die Migrationsbewegungen. Menschen ziehen vom Land in die Städte. Mehr als an-

dersrum. Die Städte sind attraktiver.

Und in jedem Gegensatz, der so eine Gewinner/Verlierer-Codierung hat, ist es für die Gewinner immer attraktiver zu sagen: *Eigentlich gibt es da gar keinen Konflikt. Denn das, was wir wollen, ist ja für alle gut, denn wir repräsentieren das Gemeinwohl.* – Universitäten für alle und so. Die städtische Art über das Land zu sprechen, ist also mindesten sehr gönnerhaft.

Du wirst also keine Mühe haben, Parteien zu finden, die sehr offensiv gegen die Stadt sprechen. Aber es gibt keine Partei, die sehr offensiv gegen das Land spricht. Auch die Grünen, die vollständig eine städtische Wählerschaft haben, schreiben natürlich in ihr Programm *Wir wollen mehr ÖPNV auf dem Land* usw. Aber das, letztlich gön-



nerhafte Angebot, das sie machen, lautet: *Auch ihr auf dem Land, sollt so leben können, wie in Wien.* Und die Vorstellung, das jemand sagen könnte Ich will ja gar nicht so leben wie in Wien, die kommt darin gar nicht vor.

Das gäbe es andersrum natürlich nicht. Deswegen gibt es hier eine Asymmetrie. Die eine Seite sucht den Konflikt und ist sehr bereit zu sagen: *Hey, hier gibt's unterschiedliche Vorstellungen und das ist eine Auseinandersetzung.* Der anderen Seite ist es viel lie-

ber zu sagen: *Wir wollen, dass sich das ganze Land in eine Energiewende, Bildungsexpansion und grüne Zukunft bewegt.* Also in eine städtische Zukunft.

Was muss die Politik dem aktuell fortschreitenden Konflikt zwischen Stadt und Land, der sich ja auch zu einem Gutteil in den Köpfen der Menschen abspielt, entgegensetzen?

Es reicht nicht, nur über Investitionen und mehr Infrastruktur zu reden. Obwohl das selbstverständlich auch

Fotos: www.fotoplutsch.at



nötig ist. Aber die Politik muss viel mehr darüber nachdenken, was sie tun kann, um diesem Frust, der sich aus einem Gefühl fehlender Beachtung, fehlender Wahrnehmung speist, entgegenzuwirken. In Deutschland hat man

bei den Investitionen ein starkes Nord-Süd-Gefälle. Die Kommunen im Süden sind aber viel reicher, die könnten viel mehr investieren, aber die AfD ist im Süden stärker als im Norden. Das ist alles sehr vertrackt. Deshalb sind diese dritten Orte so wichtig. Begegnungs-orte, wo man andere Leute trifft und sich austauschen kann. Das ist wichtig aus zwei Gründen: In dünn besiedelte nRegionen stellt sich oft die Frage, wen finde ich und wo, wenn ich mich organisieren will? Und da braucht es diese Orte, um überhaupt die Chance zu haben, um andere zu treffen. Zweiter Grund: Ein Problem unserer Gesellschaft ist, dass wir zu wenig mit Menschen reden, die anderer Meinung sind. Auch mit denen kann man sich an diesen Orten real austauschen. Dabei könnte man durchaus feststellen, dass ich zwar anderer Meinung bin, aber im direkten Umgang vielleicht doch eine gemeinsame Ebene habe.

Dafür braucht man diese Begegnungsorte wie zum Beispiel Wirtshäuser und ich habe ich kein Rezept dafür, wie man diese erzeugt. Darum könnte sich aber die Politik kümmern. Auf je-

der Ebene, besonders auf Gemeindeebene. Und, wie schon vorher gesagt, die Gesellschaft sollte hier wirklich auch Eigeninitiative zeigen. Selbstverständlich unterstützt von der Politik.

Prof. Dr. Lukas Haffert

**1988 (37) lebt und arbeitet in Genf (CH), stammt aus Bochum (D)*

Beruf: Ökonom und Politikwissenschaftler. Arbeitet als Professor am Institut für vergleichende Politikwissenschaft der Universität Genf.

Sein Buch „Stadt.Land.Frust“ wurde von der DGfP (Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft) mit dem Preis für „Das politikwissenschaftliche Buch 2024“ ausgezeichnet. Für seine Forschung wurde er mit dem Deutschen Studienpreis der Körber- und der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet.

ZUVERSICHT STATT STILLSTAND – DER NEUE NÖ-PLAN DES SPÖ-LANDTAGSKLUBS

Viele Menschen spüren, dass sich etwas ändern muss. Die Preise steigen, Arzttermine sind rar und Politik wirkt oft weit weg. Der Landtagsklub der SPÖ Niederösterreich rund um Landesrat Sven Hergovich und Klubobmann Hannes Weninger zeigt mit seinem neuen Niederösterreich-Plan, dass es auch anders geht – konkret, gerecht und finanzierbar.

Die Politik soll wieder spürbar werden

Wir leben in einer Zeit, in der sich viele Krisen überlagern. Das Vertrauen in die Politik sinkt, weil Lösungen oft zu lange auf sich warten lassen. Genau hier setzt der Landtagsklub der SPÖ Niederösterreich an.

„Wir wollen, dass Politik wieder im Alltag spürbar wird – nicht nur im Gesetzestext“, betont Sven Hergovich. Gemeinsam mit 114 Expertinnen und Experten hat der Klub einen Plan erarbeitet, der zeigt, wie Niederösterreich sozial gerechter, zukunftsicherer und lebenswerter werden kann. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Theorie, sondern das, was Menschen unmittelbar betrifft: leistbare Energie, gute Kinderbetreuung, ärztliche Versorgung, öffentlicher Verkehr und lebendige Gemeinden.

Konkrete Verbesserungen für die Menschen

„Wenn Familien mit der Stromrechnung kämpfen, darf ein Landesenergieversorger keine Rekordgewinne machen“, sagt Hergovich. Die EVN solle verpflichtet werden, Strompreise zu senken. Ebenso wichtig sei es, im Gesundheitsbereich mehr Kassenstellen zu schaffen und junge Ärztinnen und Ärzte langfristig in Niederösterreich zu halten.

Auch die Gemeinden profitieren: Bankomaten sollen im Ort bleiben, Freibäder nicht mehr schließen müssen, und Öffi-Verbindungen sollen ausgebaut werden. Damit Familien

besser planen können, soll die Kinderbetreuung endlich auch am Nachmittag kostenlos sein.

Die Gemeindefinanzen sichern

Der „Gute Plan für Niederösterreich“ zielt darauf ab, die finanzielle Situation der Gemeinden endlich wieder zu stärken, damit sie den unmittelbaren Arbeits-, Wohn- und Lebensraum der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher attraktiv gestalten können. Konkret schlägt der Plan dafür eine Begrenzung des NÖKAS-Umlagewachstums unter der Inflation vor, damit mehr Mittel direkt in leistbares Wohnen, regionale Wirtschaft und kommunale Lebensqualität fließen. Außerdem fordert der Plan die Einführung einer Zweitwohnsitzerabgabe und einer Leerstandsabgabe, deren Erträge zu 100% an die Gemeinden gehen sollen.



SPÖ NÖ-Vorsitzender Kontroll-Landesrat Sven Hergovich und sein Landtagsklub haben einen „Guten Plan für NÖ“.

Zuversicht durch Taten

„Wir wollen beweisen, dass gute Ideen funktionieren – ausfinanziert, ohne neue Schulden und ohne zusätzliche Kosten für die Menschen“, erklärt Hergovich. Er ist überzeugt: Zuversicht entsteht, wenn Politik wieder zeigt, dass sie etwas bewirken kann. Denn Niederösterreich hat alles, was es braucht, um Zukunft zu schaffen – man muss es nur tun.

NACHHALTIGER STROM AUS DER GEMEINDE FÜR DIE GEMEINDE

Den gemeindeeigenen Energiebedarf ohne Eigeninvestition decken? HYPO NOE und EVN bieten Lösungen für Gemeinden zur Energieversorgung an. Strom kann über 20 Jahre zu fixen Preisen bezogen werden, danach gehen die Anlagen ins Gemeindeeigentum über.



Der Strombedarf steigt und auch Gemeinden sind auf der Suche nach nachhaltigen Energiequellen, um ihren Energiebedarf zu decken. HYPO NOE und EVN bieten mit der Gründung der EH Solar Contracting Solutions GmbH eine innovative Lösung zur langfristigen Energieversorgung für Gemeinden an. Das Modell ermöglicht Gemeinden, Strom aus Photovoltaikanlagen zu einem fixen Preis über einen Zeitraum von 20 Jahren zu beziehen. Ohne Eigeninvestition können Gemeinden Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Flächen errichten lassen, die nach 20 Jahren in ihr Eigentum übergehen.

Entweder erfolgt die Abrechnung über einen fixen Preis je produzierter Kilowattstunde oder in Form einer Pacht für die Photovoltaikfläche. Beim Pachtmodell können Gemeinden auch an regionalen Energiegemeinschaften teilhaben.

„Vergleichbar mit einer Fixzinsabsicherung wird durch dieses Modell das Kostenänderungsrisiko beim Strompreis für die Gemeinde ausgeschaltet. In Zeiten von nicht beeinflussbaren Krisen mit Auswirkungen auf die Energiepreise kann das eine enorme Erleichterung für das Gemeindebudget darstellen“, erläutert HYPO NOE Kundenberater Michael Gruber.

Zusätzliche finanzielle Vorteile sind der Entfall des Netzentgelts für den Eigenverbrauch sowie von Steuern und Abgaben. Während der gesamten Vertragslaufzeit übernehmen HYPO NOE und EVN die Wartung und das Service der Anlage. Das gewährleistet eine zuverlässige Versorgung und entlastet die Gemeinden in ihrem Betrieb.

„Mit dieser Kooperation schaffen wir eine Win-win-Situation für Gemeinden: Sie erhalten eine nachhaltige Energiequelle und profitieren gleichzeitig von einer langfristigen Kostensicherheit. Dieses Modell ist ein fantastisches Beispiel für gelebte Regionalität und Nachhaltigkeit – die Energie kommt aus der Region und bleibt in der Region“, so Gruber.

WERBUNG

gebös

Gemeinnützige Baugenossenschaft österr.
Siedler und Mieter, reg. Gen.m.b.H.
Gebösstraße 1
2521 Trumau

Julia König
T +43 (0)2253 58 085-22
E j.koenig@geboes.at
→ geboes.at

KEINE SCHEU VOR DRECKSARBEIT

NR Bgm. Wolfgang Kocevar bei der Bachreinigung. Keine einmalige PR-Aktion. Viermal im Jahr packt er mit Bauhof mit an.

menschen im gemeinderat.

Die Leute trauten ihren Augen nicht. War das wirklich der Herr Bürgermeister, der da die Gackerl-Sackerl zur Entnahme am Ausgabeständer nachbestückte? Ja, er war es wirklich. Mittlerweile ist es für die Bürgerinnen und Bürger von Ebreichsdorf (BN) keine große Überraschung mehr, wenn sie ihren Stadtchef in Arbeitermontur in der Öffentlichkeit schuften sehen. Ein beliebtes Motiv für Selfies mit dem engagierten Bürgermeister ist es aber allemal noch.

Wolfgang Kocevar (56) macht das jetzt schon seit fünf Jahren. Einen Tag im Jahresquartal zieht sich der Bürgermeister von Ebreichsdorf die Arbeitskluft über und lässt sich von seinem Bauhof zum Hackeln einteilen. Dort, wo gerade Not am Mann ist. Warum, um alles in der Welt, tut er das?

„Mir geht's darum, die tatsächliche Arbeit unserer MitarbeiterInnen am eigenen Leib zu erleben, zu spüren, wieviel Zeit man für die Aufgaben braucht, wie anstrengend es sein kann. Benötigt man andere oder bessere Geräte, Maschinen, Werkzeuge“, erklärt Kocevar.

„Natürlich geht es dabei auch um den gebührenden Respekt gegenüber unseren MitarbeiterInnen, die bei jedem Wetter, egal ob minus 15 oder plus 30 Grad, im Kanal, im Wasser stehen, Mistkübel ausleeren, Bäume schneiden, Blumenbeete anlegen, Schaukeln reparieren, Flüsse reinigen, Rasen mähen, Unkraut zupfen, Tische schleppen, Gemeinde-Veranstaltungen auf- und wieder abbauen, Winterdienst machen, beim Hochwasser helfen und und und...Man kriegt auch mit, was für ein riesiger Zeitaufwand bei der Betreuung der 300 Hundekotbeutelstände in der Gemeinde nötig ist“, so der Stadtchef weiter.

Vor seiner Politik-Kar-

riere war Wolfgang Kocevar Manager in der Tourismusbranche. Später eine Zeit lang Marketing-Chef bei der SPÖ Niederösterreich, auch Wahlkampfmanager und einige Jahre sogar Landesparteitgeschäftsführer. In die Ebreichsdorfer Kommunalpolitik stieg er im Jahr 2000 ein. Zehn Jahre später avancierte er dort mit Hilfe einer fragilen Vier-Parteien-Koalition zum Bürgermeister. 2015 benötigte er für das Bürgermeisteramt nur mehr einen Partner und heuer holten Kocevar und sein SPÖ-Team in Ebreichsdorf sogar die Absolute.

Das beeindruckende Wahlergebnis vom Jänner 2025:

SPÖ: 22 Mandate (+5)

FPÖ: 8 (+4)

ÖVP: 3 (-2)

BL: 2 (-2)

Grüne: 1 (-1)

NEOS: 1 (+1)



Bei den Gemeinde-MitarbeiterInnen kommt dieses außergewöhnliche Engagement ihres Bürgermeisters gut an. Kocevar: „Anfangs war die Verwunderung natürlich recht groß. Aber sie haben bald gemerkt, dass ich das nicht für einen billigen, einmaligen medialen Gag mache, sondern, dass es mir ernst ist, damit, um sie und ihre Arbeit besser kennen zu lernen.“

Durchwegs positiv sind auch die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger: „Die schauen immer mal groß, wenn sie mich beim Straßenarbeiten sehen und machen dann gleich Fotos davon. Aber in Zeiten von Sozialen Medien ist es gut und wichtig, Bewusstsein zu schaffen für die Tätigkeiten der Gemeinde. Dadurch kriegen die Leute auch ein Gespür dafür, was eigentlich alles für sie geleistet wird.“

Und so schnell wird der in Bauhofkluft hackelnde Bürgermeister aus dem Ebreichsdorfer Stadtbild nicht verschwinden. „Ich möchte das auch die nächsten Jahre weitermachen, weil ich unheimlich viel lerne und mitnehme für meine politische Arbeit als Bürgermeister, aber auch als Abgeordneter.“



„MEINE BERUFUNG ALS NEUER JOB“



von Claudia Musil, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich

Ich bin seit mehr als zehn Jahren Bezirksfrauenvorsitzende der SPÖ Mistelbach, Geschäftsführende Gemeinderätin in meiner Heimatgemeinde Bockfließ und habe in den vergangenen Jahren immer versucht, Politik „zum Angreifen“ zu machen. Gemeinsam mit meinem Frauenteam im Bezirk setze ich mich für The-

men wie den Kampf gegen Femizide, für Gewaltschutz und für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Denn wir dürfen es nicht zulassen, dass Frauen in unserem Land Angst haben müssen. Weiters ist es mir wichtig, vehement gegen Alters- und Kinderarmut zu kämpfen. Meine Arbeit für die Team Österreich Tafel im Bezirk Mistelbach hat mir gezeigt, wie viele Menschen, besonders Frauen, ungesehen in die Armut abdriften. Wichtig ist nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um der Altersarmut von Frauen vorzubeugen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, dafür setze ich mich schon jahrelang ein. Meine Berufung durch unsere Lan-

desfrauenvorsitzende Elvira Schmidt zur Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ NÖ ist für mich eine große Anerkennung und eine enorme Verpflichtung. Aus meinen Erfahrungen an der Basis weiß ich ganz genau, wo bei den Frauen der Schuh drückt. Ich werde meine Energie und meine Leidenschaft für Frauenpolitik, die ich im Weinviertel entwickelt habe, in ganz Niederösterreich einsetzen – für ein sozialeres, gerechteres und sicheres Land. Eure Claudia Musil

Kontakt:
claudia.musil@spoe.at
0664 530 8695

Wir bringen Ihre Botschaft auf den Punkt.



Für Städte, Gemeinden, Organisationen, Vereine, Unternehmen, Bildungsreinrichtungen, usw.

Wir sind eine Agentur mit bewusst breitem Portfolio. Allrounder eben. Spezialisiert auf gute Geschichten. Worte, Design, Bilder – verbunden durch den rosaroten Faden. Viele schätzen, dass sie uns alles umhängen können, was mit Kommunikation zu tun hat. Andere nutzen uns als Sparringspartner für die Positionierung ihrer Marke oder eines Themas. Manchmal geht's um ein Herzensprojekt, das gemeinsam den letzten Schliff bekommt.

Leistungen

- Markenstrategie
- Positionierung
- Branding
- Corporate Wording
- Bildsprache
- Fotografie
- Magazine
- Webdesign
- Newsletter
- Video & Content
- Social Media
- Plakate
- und noch mehr.



Gesunde Gemeinden in starken Regionen

Das ist mein **WEIHNACHTSWUNSCH** für unser Europa.

Dafür arbeite ich jeden Tag!

Günther Sidl
Abgeordneter zum Europäischen Parlament

www.facebook.com/sidl.guenther @guenther_sidl
guenther.sidl@europarl.europa.eu

www.sidl.at



Die SPÖ-Fraktion Korneuburg – 1. Reihe (v. l.): StR Stefan Tmej, Vizebgm.in Bernadette Haider-Wittmann, Fraktionschef StR BR Martin Peterl, GR Sebastian Tmej, GR Thomas Pfaffl. 2. Reihe (v. l.): GR Hubert Hinterberger, GR Martin Grünbeck, Stadtparteichefin GRin Karin Schuster-Zwischenberger, GR Georg Köhldorfer, GRin Dagmar Tmej, GR Patrick Wittek.

„WIR VERZEICHNETEN SCHON VOR DER WAHL EINEN GROSSEN ZULAUF“

In Korneuburg schaffte die SPÖ bei der GRW ein schönes Plus von zwei Mandaten. Gleichzeitig fuhr die ÖVP einen Verlust von drei Mandaten ein. Im Gemeinderat der Bezirkshauptstadt steht es nun so: ÖVP 19 (-3), SPÖ 11 (+2), FPÖ 4 (+3), Grüne 2 (-2), NEOS 1 (+/-0). Das macht die SPÖ zu einer starken Minderheit. Das KImagazin hat mit der roten Spitzenkandidatin und nunmehrigen Vize-Bgmⁱⁿ Mag.^a Bernadette Haider-Wittmann und ihrem Fraktionschef BR Martin Peterl über Gründe und Hintergründe gesprochen.

Bernadette Haider-Wittmann (40) ist Juristin bei der Stadt Wien in der Kulturabteilung. Martin Peterl (48) ist Abgeordneter des Bundesrates im Parlament.

Bei der GRW in Jänner 2025 zwei

Mandate dazugewonnen. Worauf führen Sie diesen Erfolg zurück?

Haider-Wittmann: „Zu einem großen Teil auf unser tolles Team, das wir schon einige Zeit vor der Gemeinderatswahl zustande gebracht haben.

Da sind viele engagiert Kräfte dabei. Und auch unsere Themenausrichtung war gelungen, es gab doch einige heiße Themen in Korneuburg. Stichwort Gestaltung der Werft mit Sigma und Benko. Dieses Thema ist ja noch immer nicht gelöst, aber wir haben wenigstens das Glück, dass bei uns keine Ruinen stehen, wie auf der Mariahilferstraße.

Aber die Bebauung in Korneuburg war insgesamt ein großes Thema. Es ist in den letzten zehn Jahren wahn-sinnig viel verbaut worden. Bei uns, wir gehören ja zum Speckgürtel Wiens,

gab es eine immense Immobilienpreisexplosion und eine gewisse Goldgräberstimmung unter Spekulanten. Da haben wir uns klar dagegen ausgesprochen, entsprechend positioniert und auch einiges verhindert. Unser Wahlkampfeslogan war auch *Mehr Natur statt Beton*, das ist bei der Bevölkerung sehr gut angekommen.“

Nach herben Verlusten der ÖVP und den Zugewinnen der SPÖ – wie ist jetzt die politische Situation, die Stimmung im Gemeinderat?

Haider-Wittmann: „Die ÖVP behauptete nach außen hin, dass sie mit allen Parteien zusammenarbeitet. Mit uns ist das aber sicher schwächer. Es kristallisiert sich eher heraus, dass sich Schwarz und Blau – so wie auf Landesebene – gut verstehen. Insgesamt hat sich die Stimmung aber doch etwas beruhigt, denn im Wahlkampf war sie schon sehr aufgeheizt und ÖVP-seitig auch sehr aggressiv.“

Bekommt die SPÖ alle nötigen Informationen von der ÖVP-Mehrheit?

Peterl: „Mittlerweile nicht mehr. Gleich nach der Wahl hat sich die aufgeheizte Stimmung ja durchaus abgekühlt. In dieser Phase haben wir und die ÖVP schriftlich eine Absichtserklärung verfasst, dass wir aufeinander zugehen werden. Die ÖVP konnte ihre Absolute ja nur ganz knapp mit einem Mandat Überhang, das waren gerade mal rund 100 Stimmen, halten. Und sie hatten gedroht, uns keine Vizebürgermeisterin zu geben. Worauf wir ihnen die Rute knallharter Oppositionspolitik ins Fenster gestellt haben. So ist es dann zu dieser Absichtserklärung gekommen, wo auch konkrete Punkte formuliert wurden.“

Aber die ersten, die sich nicht daran gehalten haben, waren die Schwarzen. Weil sie uns eben sehr bald nicht mehr genug Informationen zukommen ließen. Das Abkommen ist damit praktisch obsolet. Sie machen, wann und wie sie wollen und nehmen uns nur mit ins Boot, wenn sie glauben, dass sie unsere Zustimmung brauchen.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat mit eigenen Anträgen durch?

Peterl: „Ja, durchaus. Bei uns fallen die Entscheidungen immer erst in der Gemeinderatssitzung. Und da gibt es die Öffentlichkeit, Journalisten sind stets anwesend. Vor diesem Hintergrund schaffen wir es immer wieder mal, uns durchzusetzen.“

Werden den SPÖ-MandatarInnen auch Repräsentationsaufgaben übertragen?

Haider-Wittmann: „Sehr eingeschränkt bis gar nicht. Wir dürfen gerade mal bei Gratulationen dabei sein, die Übergeben macht aber ausschließ-

tig das ist. Wir haben eine Zeitung, die heißt *Korneuburger* und die erscheint drei- bis viermal pro Jahr. Redaktionell füllen sie Bernadette und ich, um die Gestaltung kümmert sich unser neuer Gemeinderat Martin Grünbeck.

Unsere Homepage betreut Patrick Pichler-Prinz, unsere Accounts auf Facebook und Instagram bearbeiten Bernadette und Patricia Katsulis. Bernadette verfasst auch die Presseaus-sendungen, um die direkten Kontakte zu den Journalisten kümmere ich mich und im Bedarfsfall laden wir auch zu Pressekonferenzen.“

SPÖ-Events im Jahresverlauf?

Peterl: „Kinderfasching im Februar; Valentinsaktion; Frauentag; Ostereieraktion; Maifeier; Muttertagsaktion.“

Im Sommer haben wir unsere Eis- und Spritzer-Tour. Da besuchen wir immer an einem Freitag ein Stadtviertel mit einem roten Wagen, Liegestühlen, Musik und Gratis-Eis und Gratis-Spritzern. Da stellen wir auch ein Plakat auf mit der Frage *Was würdest Du für Korneuburg verbessern?* und Raum zum Eintragen von Antwortmöglichkeiten – da gibt es immer einen schönen In-put.

Dann haben wir noch einen eigenen Adventmarkt und einen zweiten veranstalten unsere Frauen zusammen mit den ÖVP-Frauen. Gelebte Frauen-solidarität, die schon 30 Jahre gut funktioniert. Und wir machen eine SPÖ-Weihnachtsfeier. Weiters: regelmäßige Baby-Cafés, immer wieder mal ein Frauenfrühstück und dreimal im Jahr einen Flohmarkt.“

Wie schwierig ist es, neue MitstreiterInnen zu finden?

Haider-Wittmann: „Für uns gar nicht schwierig. Wir verzeichneten schon vor der Wahl einen großen Zulauf und von diesen Leuten sind bereits einige fixe Teile unseres Teams geworden. Ein gutes Dutzend Neuer ist auch auf unsere Liste gegangen. Was uns natürlich sehr, sehr freut.“

Die Ziele für GRW 2030?

Haider-Wittmann: „Na, das ist klar: Bürgermeisterin werden!“



Vizebürgermeisterin Bernadette Haider-Wittmann und Fraktionschef Bundesrat Stadtrat Martin Peterl auf der Rathaustreppe.

lich der Bürgermeister. (*schmunzelt*) Einzige Ausnahme war die Ehrung einer ehemaligen ÖVP-Vizebürgermeisterin, die eher unfreiwillig das Amt verlassen hat, und die darauf bestand, dass die Verleihung der Ehrennadel, die ihr die Stadtgemeinde zukommen ließ, nicht vom Bürgermeister, sondern von mir durchgeführt wird...“

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier?

Peterl: „Wir wissen genau, wie wich-

ortsreportage.



Klein-Pöchlarn

WOHNGEMEINDE MIT HOHER LEBENSQUALITÄT

In Klein-Pöchlarn (Bezirk Melk), am südlichen Ausläufer des Waldviertels gelegen, regiert schon lange eine solide sozialdemokratische Mehrheit. Trotzdem gelangen Bürgermeister Ing. Johannes Weiß (51, Bild) und seinem Team bei der Gemeinderatswahl 2025 ein sattes Plus von weiteren fünf Mandaten. Ein guter Grund für das KI magazin, die kleine Donau-Gemeinde genauer unter die Lupe zu nehmen.





Klein-Pöchlarn



Bei der Gemeinderatswahl im Jänner 2025 wurde die Mandatszahl in Klein-Pöchlarn von 15 auf 19 erhöht. Vier Mandate waren sozusagen am Markt. Und die hat alle die regierende SPÖ mit ihrem Bürgermeister Ing. Johannes Weiß abgeräumt. Und noch ein fünftes, zusätzliches Mandat von der ÖVP einkassiert. Wie ist das gelungen, Herr Bürgermeister?

Weiß: „Wir haben definitiv das bessere Team, sind bei all unseren Vereinen gut verankert. Und es ist eine Tatsache, dass die Arbeit in der Gemeinde, halt immer wir gemacht haben. Gleichzeitig herrscht bei uns im Gemeinderat ein vernünftiges Klima, praktisch konfrontationsfrei. Das hat sich nun auch durch das aktuelle Wahlergebnis nicht geändert. Obwohl die ÖVP sicherlich einiges zu schlucken hatte, gibt es noch immer ein gutes Miteinander. Ich denke nicht, dass sich da in nächster Zeit etwas verschieben wird. Für uns war das Ergebnis sicherlich auch eine Bestätigung unseres bisherigen Weges. Dass nur zwei Parteien zur Wahl angetreten sind, war wohl ebenfalls vorteilhaft. Die FPÖ hat es nämlich mangels KandidatInnen erst gar nicht probiert.“

Bürgermeister Weiß, Inhaber einer EDV-Firma, ist seit 2013 im Amt. Schon bei seiner ersten GRW im Jahr 2015 holte er das bislang beste Ergebnis für die SPÖ. Nur einmal ist der Erfolgslauf kurz ins Stolpern geraten, nämlich 2020. Weiß: „Wir hatten g'haklt, g'haklt, g'haklt, dann kam Kurz – und plötzlich verlieren wir ein Mandat. Und wir haben uns nur gewundert: Wie gibt's denn das? Wir haben so viel gearbeitet und weitergebracht wie nie zuvor...und dann das!



Großes Bild: das historische Zentrum von Klein-Pöchlarn aus der Vogelschau. Kleines Bild: die Verwaltungszentrale der kleinen Gemeinde, das Rathaus

Jetzt aber, ist dieser Kurz-Effekt wieder verschwunden.“

Mit welchem Blick sieht der Bürgermeister seine Gemeinde? Weiß: „Wir liegen im südlichsten Teil des Waldviertels, direkt an der Donau. Und waren eigentlich alles schon mal. Ursprünglich total landwirtschaftlich geprägt, mit Weinbau. Ab Ende des 19. Jahrhunderts ein klassischer Industrieort, mit einer Tonwarenfabrik und qualmenden Schornsteinen, die ganz massiv das Ortsbild geprägt ha-

ben. Dort arbeiteten bis zu 300 Leute, wo in der Gemeinde selbst nur 600 Leute gelebt haben. Das ging so bis in die 1960er Jahre. Dann hat sich das Ortsbild wieder komplett gewandelt. Jetzt sind wir das, was gemeinhin als klassische Wohn- und Schlafgemeinde bezeichnet wird, mit hoher Lebensqualität – nicht zuletzt aufgrund der großen Naherholungsbereiche. Auch verfügen wir noch über Reste von gewerblichen Strukturen und ein kleinwenig Tourismus.“

Die EinwohnerInnenzahl der kleinen Kommune ist seit Beginn der Aufzeichnungen langsam, aber stetig gewachsen. 1869 zählte man 484 BürgerInnen, heute sind es 1.100, plus 300 ZweitwohnsitzerInnen. Damit ist nun bald eine Grenze erreicht. „Mit Wohnbauflächen schaut es nicht gut aus, denn wir sind allein schon von der Topografie her durch Donau und Geländekante recht eingekesselt. Eigentlich haben wir nur eine Richtung, in die wir wachsen könnten – und das ist in die Höhe“, erklärt Bürgermeister Weiß.

Die Marktgemeinde verfügt gerade noch über zwei Gemeindewohnungen, und die sind nicht im besten Zustand. Weiß: „Wenn dort wer auszieht, wird saniert. Sonst haben wir nur Projekte mit Siedlungsgenossenschaften, wobei wir vor allem mit der Amstettner und Pielachtaler zusammenarbeiten.“

che Zwecke verfügt. Das ist ein Trassengelände, der eingestellten Donauuferbahn.

Weiß: „Wir haben eine Zeit lang viel gebaut. Aber in Sachen Baugründen, sind wir nun an unseren Grenzen angelangt. Unsere maximale Bevölkerung wird bei 1.400 liegen. Und wenn nicht gebaut wird, dann sinken die Geburtenraten. Das ist eigentlich unser Hauptproblem und eine große Herausforderung. In unseren Nachbargemeinden haben sie Flächen ohne Ende, dort wird enorm viel gebaut. Und die haben auch viele Kinder.“

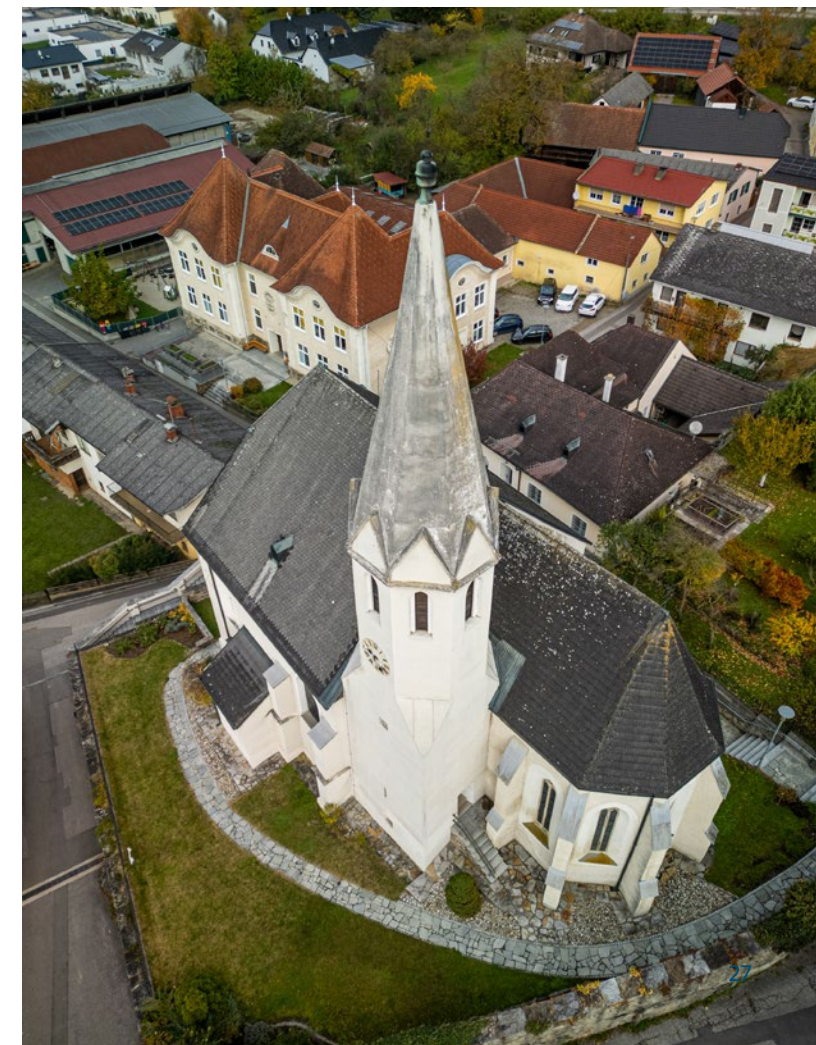
Wirtschaftlich geht es der Gemeinde so lala. Die Zeiten



Bild ganz oben: Der Bienen-Park zieht im Sommer auch viele Schiffstouristen an. Bild rechts: Die kath. Kirche zum hl. Othmar stammt aus dem 14. Jahrhundert. Bild oben: Das Kircheninnere ist eine Mischung aus Gotik und Barock.

In der Amtszeit von Bürgermeister Weiß sind so 15 betreute und 24 normale Wohnungen in verschiedenen Größen entstanden. Dazu kommen noch 16 Reihenhäuser. Und ganz aktuell: Beim Neubau des Kindergartens werden darüber auch noch 12–14 Wohnungen entstehen, die auch für junge Leute interessant sein werden. Der Spatenstich ist für nächstes Jahr geplant.

Das Kindergarten/Wohnungs-Projekt entsteht auf dem letzten Grundstück, über das die Gemeinde noch für sol-



Klein-Pöchlarn



Die Donaubrücke (oben im Bild) verbindet Klein-Pöchlarn (links im Bild) mit Pöchlarn (rechts im Bild)



Das jährliche Donaulände-Fest hat sich zu einem Geheimtipp entwickelt und zieht BesucherInnen weit über die Gemeindegrenzen hinaus an. Hier ein Bild von der heurigen Veranstaltung.

wird. Und für alle Musik-Freunde geht jedes erste volle Juni-Wochenende unter großer Publikumsbeteiligung das zweitägige Donaulände-Fest über die Bühne. Da treten bis zu acht Bands, quer durch alle Stilrichtungen, auf. Oft und gerne auch Nachwuchsformationen. Gründungsanstöß für dieses Festival war ein gefeiertes Konzert des bayrischen Superstars Hans Söllner. Wo man sich dann entschieden hat, „so was regelmäßig auf die Beine zu stellen“.

FACT-SHEET Klein-Pöchlarn

Marktgemeinde im Bezirk Melk, Waldviertel.
EinwohnerInnen: rd. 1.100, plus rd. 300 ZweitwohnsitzerInnen. **Fläche:** 7 km², **Seehöhe:** 210m (Donauufer) bis 390m (Rindfleischberg). **Ortsteile:** Am Tonberg, Ebersdorf, Im Graben. Seit 1999 eine Partnerschaft mit der Gemeinde Monsano (IT).

Gemeinderat (19 Mandate): 15 SPÖ, 4 ÖVP.

Auszeichnungen: familienfreundliche Gemeinde, klimafreundliche Gemeinde, Gesunde Gemeinde, Natur im Garten.

Besonderheiten: Skulpturen des ansässigen Bildhauers und Installationskünstlers Herber Golsner; Kath. Pfarrkirche (14. Jhd.) zum hl. Othmar – unter Denkmalschutz wie der lokale Friedhof; Bienen-Museum und Bienenpark; Fußballplatz, zwei Tennisplätze, Beachvolley-Platz; Generationenpark; Boccia-Platz; neue Stockschießhalle; Teil des Donauradwegs EuroVelo und durch das Gemeindegebiet verläuft die 6. Etappe des Weitwanderweges Nibelungengau; großzügiger Naherholungsraum.

für Gemeinden sind allgemein hart. Weiß: „Wir sind eine sogenannte Abgangsgemeinde. Nur durch die Bedarfszuweisungen können wir ausgeglichen bilanzieren.“ Budget „im ordentlichen Haushalt“ (wie man früher gesagt hätte): rund 1,9 Millionen Euro, die Einnahmen aus der Kommunalsteuer betragen rund 140.000 Euro. Größter Betrieb in der Gemeinde ist (noch) die EVN-Netz mit 40 Jobs. Doch die übersiedeln Mitte nächsten Jahres nach Melk. Verbleiben dann noch ein paar Mittel- und Kleinbetriebe. Besonders zu nennen die GOTSMI GmbH (Erdbau-Holzschlänger-Transporte-Hackguterzeugung) mit rund zwölf Jobs, der SPAR-Markt Kalchhauser oder die Bäckerei & Konditorei Mistlbacher.

Apropos Nahversorger, das ist eine echte Erfolgsgeschichte der Weiß-Ära. Anfang

der Nuller Jahre sperrte der damals letzte zu. Dann gab es viele Jahre kein Lebensmittelgeschäft. Als Johannes Weiß 2013 zum neuen Bürgermeister avancierte, macht er sich das gleich zum großen Anliegen. Die Gemeinde baute und eröffnete 2015 ein Multifunktionsobjekt in dem heute ein SPAR-Supermarkt, ein Friseur, ein Café, eine Pizzeria und ein Tattoo-Geschäft untergebracht sind. Auch Weiß übersiedelte mit seiner EDV-Firma dorthin.

Aktuelle Projekte in der Gemeinde:
+ Kindergartenneubau mit Wohnungen darüber, Start 2026, Kosten: 1,5 Millionen Euro (Gemeindeanteil)
+ Stockhalle, eben fertiggestellt, Kosten 370.000 Euro
+ Hochwasserschutz:
Monitoring Mühlbach (eine Stunde



Auch Elch Emil stattete auf seiner Wanderung Klein-Pöchlarn einen nächtlichen Besuch ab.

Fotos: www.fotopluschat.at, Gemeinde Klein-Pöchlarn, privat



WELCHE CHANCEN GEMEINDEN IN DER INFORMATIONSFREIHEIT HEBEN KÖNNEN

Gemeinden, die Transparenz als Chance begreifen, investieren in Effizienz, Zukunftsfähigkeit und Bürgernähe. Die Versprechen der Politik führen aber auch zu Gefahren bei falscher Umsetzung.

Eine Anfrage eines Bürgers oder einer Bürgerin ist zuallererst eine Chance. Denn wer sich für das Geschehen in der eigenen Gemeinde interessiert, zeigt Interesse und Verbundenheit. Fragen zu Projekten, Verträgen oder Entscheidungen entstehen nicht bloß aus Misstrauen, sondern aus Interesse und dem Wunsch, Entwicklungen vor Ort mitzuverfolgen. Die Informationsfreiheit stärkt die Position der Bürgerinnen und Bürger. Richtig umgesetzt unterstützt sie auch einen Dialog, schafft nachvollziehbare Strukturen und erleichtert die Zusammenarbeit

zwischen Verwaltung, Politik und Gemeindebewohnern. Aber: Wenn alte Gewohnheiten aus dem Zeitalter der Amtsverschwiegenheit weitergelebt werden, drohen Frust, Vertrauensverlust und mühsame Rechtsstreite.

Die Ausgangslage

Gemeinden saßen bisher an einem langen Hebel, um interessierte Nachfragen für Bürgerinnen und Bürgern zu einer mühsamen Angelegenheit zu machen. Nicht nur war es faktisch unmöglich, die Herausgabe eines Dokumentes zu erreichen, auch die acht Wochen Frist für eine erste

Antwort und sechs Monate Zeit, um die Ablehnung juristisch zu begründen, führten dazu, dass man Informationen kaum zu einem Zeitpunkt herausgeben musste, als sie noch relevant waren. Kreativ konnte man auch werden, das Forum Informationsfreiheit kann ein Lied davon singen: eine Anfrage an alle Gemeinden in Niederösterreich zur Landtagswahl 2018 führten zu einer koordinierten Aktion, in der viele Gemeinden dem Forum Informationsfreiheit eine absolut unübliche Eingabegebühr vorschrieben. Kostendrohung bei 14,30 Euro je Gemeinde: bis zu 7.500 Euro. Eine Crowdfunding-Kampagne ermöglichte die Zahlung, ein späterer Rechtsstreit des Mediums Addendum brachte auch Gewissheit: die Vor-

schreibung der Gebühr war rechtswidrig.

Dieser Hebel ist nun durch eine fest vorgesehene Gebührenfreiheit und halbierte Antwortfristen kürzer. In manchen Gemeinden dürfte das wenig ändern, denn bei der oben genannten Anfrageserie hatten nach vier Wochen schon über 100 Gemeinden die Fragen zumindest teilweise beantwortet. Einige sahen auch davon ab, die Gebühr vorzuschreiben.

Die Bürgernähe, die diese Gemeinden gezeigt haben, ist nun überall Pflicht. Und es gibt weitere Verbesserungen, etwa die Verpflichtung zum teilweisen Informationszugang. Selbst wenn geheime Informationen in einem Dokument enthalten sind, sind die verbleibenden Teile des Dokumentes herauszugeben. Sollte ein Vertrag etwa Geschäftsgeheimnisse beinhalten, dürfen diese geschwärzt werden, aber nicht das ganze Dokument geheim gehalten werden. Das Forum Informationsfreiheit hat schon 2022 unter Berufung auf die Menschenrechte etwa Zugang zu großen Teilen des Eurofighter-Kaufvertrages erhalten. Will man also einen ganzen Vertrag vollständig zurückhalten, stellt sich die Frage: Ist er wirklich geheimer als der Eurofighter-Vertrag?

Vom Informationsbegehren zum Lernprozess

Macht es Schule, dass Gemeinden Informationen teilen, werden sie regelmäßig davon profitieren. Bei Ausschreibungen, Bauprojekten und Förderverfahren bringt der Blick über die eigene Gemeindegrenze wertvolle Erkenntnisse. Wie sah die Ausschreibung der Nachbargemeinde zum Neubau des Gemeindezentrums oder der Volksschule aus? Haben sich ausreichend Firmen beteiligt? Welche Punkte wurden in den Unterlagen vergessen, die sich später als wichtig herausgestellt haben? Die Informationsfreiheit ermöglicht so den Wissenstransfer nicht nur zu Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch zwischen Verwaltungseinheiten. Sie macht sichtbar, wie ähnliche Herausforderungen von anderen gelöst wurden, ob bei der Sanierung einer Schule oder der Ausschreibung für die Müll-

entsorgung. Ein schneller Zugriff zu guten Beispielen spart Zeit, vermeidet Fehler, reduziert Unsicherheiten und stärkt die Qualität lokaler Projekte.

Proaktive Offenheit lohnt sich

Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen Informationen von allgemeinem Interesse proaktiv veröffentlichen. Kleinere Gemeinden haben keine solche Verpflichtung, können diese aber freiwillig vornehmen. Dazu können wir nur raten, denn kaum jemand wird verstehen, wenn die Gemeinde Ausgaben in der Höhe von 100.000 Euro oder mehr beschließt, aber den Vertrag dazu nicht öffentlich zur Verfügung stellt – besonders wenn dies in größeren Nachbargemeinden Usus ist. Diese Veröffentlichung sorgt dafür, dass Anfragen erst gar nicht gestellt werden müssen und reduziert damit den Recherche- und Beantwortungsaufwand.

Zugleich entsteht ein Mehrwert innerhalb der Gemeinden. Eine gut strukturierte Informationsverwaltung erleichtert den Umgang mit Dokumenten und verringert den Aufwand bei Auskünften. Gerade kleine Verwaltungseinheiten, in denen Wissen oft bei einzelnen Personen konzentriert ist, profitieren davon, wenn Informationen klar geordnet

und zugänglich sind. Das macht sich spätestens bei einer unvorhergesehenen Kündigung oder nahe rückenden Pensionierung von wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahlt.

Der Blick auf andere Länder

Internationale Studien zeigen, dass Informationsfreiheit Gemeinden organisatorisch stärkt. In Spanien und Italien wurde untersucht, wie sich Transparenz auf die Effizienz öffentlicher Verwaltungen auswirkt. In Spanien können die hundert größten Gemeinden bei gleichem Budget deutlich bessere Services bieten, wenn sie Informationen offenlegen. In Italien zeigte sich, dass Transparenz mit der Qualität öffentlicher Institutionen und der Leistungsfähigkeit der Kommunen korreliert. Besonders transparente Gemeinden bieten dort die beste Ausstattung und den effizientesten Ressourceneinsatz – unabhängig von ihrer Größe.

Die ersten Wochen der neuen Informationsfreiheit machen Hoffnung. Befürchtungen der Bedenkenträger, die Verwaltung werde durch Anfragen überlastet, wurden genauso wenig wahr wie Sorgen vor einer Überlastung durch KI-Anfragen. Eine Gefahr bleibt: Die Politik hat im Rahmen der Gesetzesänderung einen Paradigmenwechsel versprochen und die neue Gesetzeslage über die Maßen gelobt: Die Verwaltung wird nun an diesen Versprechen gemessen – ein Vertrauensverlust droht, wenn an der immer wieder beobachteten Praxis, im Zweifel zu Mauern, festgehalten wird.



DER AUTOR Erwin Ernst Steinhammer ist Projektkoordinator für das Forum Informationsfreiheit. kontakt@informationsfreiheit.at

FORUM INFORMATINONSFREIHEIT

Organisationsbeschreibung: Das Forum Informationsfreiheit ist die führende NGO Österreichs für Informationsrechte von BürgerInnen und engagiert sich seit 2013 für ein Informationsfreiheitsgesetz.

[informationsfreiheit.at](https://www.informationsfreiheit.at)

TRAUDE – EINE DIGITALE & NÜTZLICHE HELFERIN FÜR DIE GEMEINDEN

Immer mehr Gemeinden setzen auf digitale Hilfsmittel, um den Arbeitsalltag zu strukturieren und wiederkehrende Aufgaben im Griff zu behalten. Die Plattform TRAUDE wurde speziell dafür entwickelt – einfach in der Bedienung, klar im Überblick und bereits praxiserprobt in niederösterreichischen Gemeinden.

In Mitterndorf an der Fischa (Bezirk BN), einer TRAUDE-Gemeinde der ersten Stunde, ist die Anwendung mittlerweile fixer Bestandteil der wöchentlichen Jour Fixes. Anstelle von Notizzetteln oder Excel-Listen dient TRAUDE als digitales Aufgabenboard, auf dem laufende Themen, Tickets und Rückmeldungen transparent erfasst werden.

Bürgermeister Thomas Jechne schätzt dabei vor allem die Übersicht: „Mit TRAUDE habe ich jederzeit im Blick, welche Aufgaben offen sind und was bereits erledigt wurde – ohne lange Rückfragen.“ Das schafft Transparenz und spart Zeit – vom Schreibtisch bis zum Bauhof.

Auch die Gemeinde Teesdorf (BN) hat die Plattform fest in ihre Abläufe integriert – dort werden mit TRAUDE nicht nur interne Aufgaben koordiniert, sondern auch haftungsrelevante Prüfpflichten und wiederkehrende Kontrollen lückenlos dokumentiert. Besonders im Team um Bürgermeister Andreas Hoch und Amtsleiterin Heidi Windisch ist die Begeisterung groß: „TRAUDE hat unsere Abläufe deutlich vereinfacht. Wir können Aufgaben direkt erfassen, delegieren und digital abschließen – das funktioniert einfach.“

Sogar die Schule arbeitet in Teesdorf mit der Plattform: Wartungen, kleine Reparaturen und organisatorische Aufgaben werden direkt in der App gemeldet und bearbeitet.

Beide Gemeinden, Mitterndorf/Fischa und Teesdorf zeigen, dass Digitalisierung im kommunalen Alltag funktionieren kann. Einfach, sicher und leicht nachvollziehbar.

TRAUDE sorgt für Klarheit, wo vorher Zettel, E-Mails und Telefonate dominierten – und macht kom-

munale Zusammenarbeit greifbar digital.

Für Gemeinden, die TRAUDE unverbindlich kennenlernen möchten, gibt es jetzt das

Programm TRAUDE Easy. Die Plattform kann für 250 Euro/Monat getestet werden, ohne Bindung, aber mit vollem Funktionsumfang.

Alle Infos unter: <https://traude.app/easy>



Die Gemeindestuben in Mitterndorf an der Fischa (links) und Teesdorf (unten) sind mit TRAUDE hoch zufrieden.



MEHR CHANCEN FÜR ALLE KINDER

Die Volkshilfe unterstützt die Gemeinden bei der Umsetzung armutssensibler Angebote

344.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich von Armut oder materieller Ausgrenzung bedroht. Das ist mehr als jedes fünfte Kind. 79.000 von ihnen leben in absoluter Armut. Als Sozialorganisation mit viel Erfahrung in diesem Bereich, begleitet die Volkshilfe Gemeinden nun dabei, armutssensible Angebote auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Was Kindern an Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten genommen wird, ist später nur mehr schwer aufzuholen. Gemeinden können bei der Vermeidung von Kinderarmut also viel bewirken. Denn auch mit einem kleinen Budget kann man für mehr Chancengerechtigkeit vor Ort sorgen, Kinderrechte fördern und zugleich das soziale Profil der Gemeinde stärken.

Zu den möglichen konkreten Maßnahmen gehören beispielsweise die Sensibilisierung von GemeindemitarbeiterInnen durch Workshops zum Thema Armut, niederschwellige Angebote für BürgerInnen wie etwa die Bereitstellung von Informationen zu Unterstützungsangeboten, oder die Förderung von sozialer Teilhabe durch die Schaffung von Sport- und Bildungsangeboten.

Bei Interesse an mehr Informationen zum Thema Kinder und armutssensible Angebote in Gemeinden, kann man sich auch direkt an das Projektteam der Volkshilfe Österreich wenden.

Die Aktion wird gefördert aus den Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Ansprechpartnerin bei der Volkshilfe:
Marie Chahrour – Mailkontakt:
marie.chahrour@volkshilfe.at





Diese Opfer hinterlassen ein so stummes wie beredtes Zeugnis von den Auswirkungen des Raubtierkapitalismus: Heute besitzen 50 Einzelpersonen so viel wie die abgehangene Hälfte der Menschheit, erwirtschaften

DAS VERMÄCHTNIS DES GLOBALISIERUNGSKRITIKERS

In einer Zeit, die von verheerenden Kriegen in Gaza und der Ukraine, einer drohenden Klimakatastrophe, von Flüchtlingseleid und dem Erstarken autoritärer Regime geprägt ist, erinnert Jean Ziegler, langjähriger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, daran, dass im globalen Süden seit Jahrzehnten ein Vernichtungskrieg gegen die Schwächsten der Menschheit wütet. Allein 2023 mit über 60 Millionen Todesopfern.

die 500 größten transkontinentalen Unternehmen mehr als die Hälfte des Bruttoweltprodukts. Müssen wir diese kannibalische Weltordnung wirklich weiterhin ertragen, in der die Oligarchen des globalisierten Finanzkapitals über Hunderte von Millionen im Elend lebender Menschen herrschen?

Die Hoffnung jedenfalls lässt sich nicht unterdrücken, dass sich doch noch eine planetarische Zivilgesellschaft entwickelt, in der die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt und Gerechtigkeit und

Solidarität mit den Armen und Schwachen geübt wird. Jean Ziegler, der unermüdliche Kämpfer gegen Elend und Unterdrückung, plädiert für einen machtvollen Aufstand des Gewissens und stellt uns die intellektuellen Waffen dafür zur Verfügung.

„Trotz alledem! – Warum ich die Hoffnung auf eine bessere Welt nicht aufgebe“ – von Jean Ziegler erschien im Mai 2025 bei Bertelsmann. 208 Seiten, Hardcover, ISBN 9783570105801, € 22.70

EIN EX-BGM ALS SERIEN-BUCHAUTOR

Der Traisener Ex-Bürgermeister Herbert Thumpser hat schon 14 Bücher verfasst und veröffentlicht. Zehn davon zum österreichischen Motorradsport. Das jüngste erschien am 15. November dieses Jahres.

Thumpser (64) war von 1995 bis 2023 Bürgermeister von Traisen (LF), von 1998 bis 2003 Mitglied des Bundesrates und von 2003 bis 2008 sowie von 2009 bis 2018 Abgeordneter zum Landtag von Niederösterreich. Bis jetzt hat Herbert Thumpser insgesamt 14 Bücher verfasst. Zwei Bücher mit Satiren, zwei Sachbücher zu interner Kommunikation und zehn Bücher zum österreichischen Motorradsport – im Thucom-Verlag, den Thumpser mit seiner Frau Monika betreibt.

Sein jüngstes Werk trägt den Titel „Legendäre Momente 1945-2024“ und ist ein prächtiger Bildband (mehr als 1.000 Fotos) zum Thema 80 Jahre österreichischer Motorradsport mit mehr als 400 Seiten im A4-Format. Thumpser stolz: „Ein Buch, das es

so in keinem anderen europäischen Land über den jeweiligen Motorradsport gibt.“

Es entstand in enger Zusammenarbeit mit dem steirischen Motorsportjournalisten Helmut Ohner, der unter anderem die Webseite www.motorsportstatistik.com betreibt und für Speedweek und andere motorsportliche Fachmagazine schreibt.

Trotz des umfassenden Bildmaterials musste zeitaufwendig über einzelne Fahrer recherchiert werden. Denn das Ziel war es, alle legendären Motorrad-Momente in und um Österreich einzufangen und in diesem Buch wiederzugeben. Ob österreichische Staatsmeister oder Pokalsieger, Europameister oder WM-Teilnehmer, ob auf zwei oder auf drei Rädern – al-



Das neueste Werk aus dem Thucom Verlag.

les wird in diesem Buch festgehalten.

„Legendäre Momente 1945-2024 – 80 Jahre österreichischer Motorradsport in und rund um Österreich“ von Helmut Ohner und Herbert Thumpser erschien im November 2025 im Thucom Verlag. 400 Seiten, Hardcover, € 49,90. (plus Porto) Bestellungen unter www.thucom.at

Fotos: Verlag Bertelsmann, Verlag Thucom, z.V.g.

BONITÄTSRANKING 2025: GRESTEN BESTGEREICHTE ROTE GEMEINDE IN NÖ

Das 14. Bonitätsranking des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) nimmt traditionell die finanzielle Situation der Gemeinden in Österreich unter die Lupe und holt die 250 besten vor den Vorhang.



Der erste Platz im aktuellen Bundesranking ging an die Salzburger Gemeinde Elixhausen, Platz zwei an Hernstein (NÖ) und Parbasdorf (NÖ). Bestplatzierte sozialdemokratisch regierte Gemeinde aus Niederösterreich ist Gresten (Bezirk Scheibbs). Die knapp 2.000 EinwohnerInnen große Gemeinde schaffte es auf den Gesamtrang 39 der Top-250. Im Vorjahr war Gresten noch auf Platz 233 gereiht.

Bgm. Harald Gnadenberger (kl. Bild, gr. Bild Rathaus Gresten) über das gute Abschneiden seines Heimatorts: „Die Basis dafür war, dass wir schon in

der Vergangenheit immer sehr sorgsam mit unserem Geld umgegangen sind und auch Rücklagen gebildet haben. Zusätzlich haben wir im Hinblick der Kommunalsteuer eine finanziell sehr stabile Situation. Wir haben mit der Firma Welser Profile einen großen Leitbetrieb und rund 70 Gewerbetreibende im Ort. Das ist für so eine kleine Gemeinde sehr viel. Bei den teuren Großprojekten, wie zum Beispiel bei Wasser haben wir die Gebühren sukzessive in kleinen Schritten erhöht. Wobei wir, meiner Meinung nach, im Vergleich immer noch nicht teuer sind.

Und dazu kommt natürlich noch, dass man die vorhandenen Mittel vernünftig einsetzt.“

Unter den Top-250-Kommunen finden sich nach Gresten noch elf weitere rot regierte niederösterreichische Gemeinden:

Platz 99: Gramatneusiedl (BL), 108: St. Veit an der Gölsen (LF), 124: Höflein (BL), 156: Teesdorf (BN), 166: Eggendorf (WN-Land), 172: Pernersdorf (HB), 187: Kirchberg an der Pielach (StP-Land), 188: Ebergassing (BL), 209: St. Valentin (AM), 212: Böheimkirchen (StP-Land), 225: Maria-Lanzendorf (BL).

Besondere Gedichte für die Weihnachtszeit



978-3-7026-5989-9 | 32 S., ab 3 Jahren | € 18,-

Jede Doppelseite eröffnet eine eigene Welt!

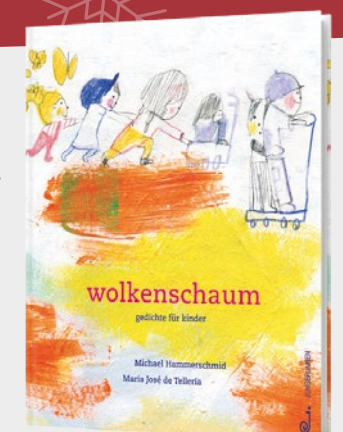


Jetzt Weihnachtsgeschenke direkt im Jungbrunnen-Webshop bestellen!



978-3-7026-6006-2 | 96 S., ab 7 Jahren | € 17,-

starke Bilder voller Poesie



978-3-7026-5999-8 | 32 S., ab 3 Jahren | € 18,-

mitreißende Fröhlichkeit in Gedichtform



www.jungbrunnen.co.at

JUNGBRUNNEN



Am Bild (von links): NÖ GVV-Präsident Bgm. Andreas Kollross, SPNÖ-Vorsitzender Landesrat Sven Hergovich, Alt-Bgm. in Adelheid Ebner, PVÖ NÖ-Präsident und NÖ GVV-Ehrenpräsident Alt-Bgm. Rupert Dworak, Alt-Bgm. Josef „Joschi“ Jahrman. – Adelheid Ebner war 25 Jahre lang Bürgermeisterin in Gutenbrunn, 13 Jahre lang Abgeordnete im Bundesrat und jahrelang Vizepräsidentin des NÖ GVV. Rupert Dworak war 20 Jahre lang Bürgermeister in Ternitz, 15 Jahre lang Abgeordneter im nö. Landtag und 16 Jahre lang Präsident des NÖ GVV. Josef „Joschi“ Jahrman war 31 Jahre Bürgermeister in Loosdorf und 16 Jahre Abgeordneter im nö. Landtag. Dieses verdiente Trio steht auf diesem Foto stellvertretend für alle sozialdemokratischen Alt-BürgermeisterInnen in Niederösterreich.

ROTER ERFAHRUNGSSCHATZ TRIFFT AUF SOZIALDEMOKRATISCHE ZUKUNFTSPOLITIK

Rund 50 ehemalige SPÖ-BürgermeisterInnen aus dem ganzen Bundesland folgten im September der Einladung des Verbands sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich (NÖ GVV), des Pensionistenverbandes Niederösterreich (PVÖ NÖ) und der SPÖ Niederösterreich zu einem Come-together und Erfahrungsaustausch ins Niederösterreichhaus der SPÖ in St. Pölten.



NÖ GVV-Präsident Bgm. Andreas Kollross: „Wir haben dieses Treffen aus mehreren Gründen ausgerichtet. Zum einen ist es ein Zeichen unserer hohen Wertschätzung für die Ex-BürgermeisterInnen, die mit ihrer Arbeit so viel für ihre Gemeinden und das Gemeinwohl geleistet haben.

Zum anderen sollte das auch ein Gedanken-Austausch sein, um ihren reichen Erfahrungsschatz mit aktuellen Fragestellungen zu verknüpfen.

Die Verbindung von bewährtem Praxiswissen und frischen Impulsen schafft einen wertvollen Mehrwert für alle Beteiligten und kann unsere kommunalpolitische Arbeit in Niederösterreich nachhaltig stärken.“

PVÖ-NÖ-Präsident Alt-Bgm. Rupert Dworak: „Die Ortsgruppen unseres Pensionistenverbandes leisten im Interesse der älteren Generation in den Gemeinden hervorragende Arbeit. Das schätzen auch alle BürgermeisterInnen. Deshalb habe ich mich gefreut, viele ehemalige Weggefährten zu treffen, die wir eingeladen haben, ihre wertvolle Erfahrung auch beim PVÖ NÖ einzubringen. Ich war Zeit meines Lebens ein politisch aktiver Mensch, der die Interessen der BürgerInnen vehement vertreten hat. Deshalb setze ich mich auch nach Ausscheiden aus meinen bisherigen Funktionen als neuer Präsident der PVÖ NÖ sehr gerne für unsere PensionistInnen ein.“

Und SPÖ NÖ-Vorsitzender Landesrat Sven Hergovich meinte: „BürgermeisterInnen haben in unserer Gesellschaft eine der wichtigsten Funktionen überhaupt. Nämlich Politik direkt dort zu gestalten, wo die Menschen zu Hause sind. Sie zeigen uns, dass Politik dann wirkt, wenn sie nah bei den Menschen bleibt. Unsere Alt-BürgermeisterInnen verbinden Erfahrung mit Glaubwürdigkeit. Sie sind mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung das Herz der Sozialdemokratie vor Ort. Umso mehr freue ich mich, dass wir ihnen mit dieser Veranstaltung für ihre Jahre und jahrzehntelanges Wirken für die Gemeinschaft ein aufrichtiges Danke sagen können.“



NÖ JUGENDPARTNERGEMEINDEN WURDEN MIT FESTAKT AUGESZEICHNET

Am 26. September zeichnete das Land Niederösterreich durch Jugend-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister die „NÖ Jugend-Partnergemeinden 2025 – 2027“ aus. Nicht weniger als 285 – und damit rund jede zweite Gemeinde des Landes – stehen nun im Zeichen aktiver Jugend-Partnerschaft und tragen von 2025 bis 2027 den repräsentativen Titel „NÖ Jugend-Partnergemeinde“.



Große Bühne auch für die nö. Gemeindevertreter (v. l.): NÖ GVV-Vizepräsident NR Bgm. Wolfgang Kocovar, Moderatorin, Gemeindebundpräsident Bgm. Johannes Pressl.

Die Zertifizierung als „NÖ Jugend-Partnergemeinde“ ist für die Gemeinde ein besonderes Qualitätszeichen, das Jugendarbeit mit hoher Qualität und umfangreichem Angebot aufzeigt. Der Bogen der Kriterien für eine Jugend-Partnergemeinde spannt sich von der aktiven Mitbeteiligung junger Menschen in der Gemeinde, dem Raumangebot für die Jugend bis hin zu Jobinitiativen, persönlichen Zukunftsperspektiven und einem attraktiven Freizeitangebot. Vom innovativen Jugend-Fun-Court über den gemütlichen Jugendtreff für die Freizeit bis zum kreativen Projekt im Bereich Politischer Bildung oder Gesundheitsförderung reicht dabei das Spektrum.

Die Zertifizierung ist von 2025 bis 2027 gültig und wurde im Rahmen einer Festveranstaltung am 26. Sep-

tember 2025 in der Messe Wieselburg vergeben. Dabei präsentierten sich auch Jugendverbände aus Niederösterreich bei einem NÖ Jugendforum.

„Die Auszeichnung von Jugendpartnergemeinden in Niederösterreich ist ohne Zweifel ein innovatives Konzept und eine echte Erfolgsgeschichte. Sie animiert Kommunen, ganz egal wie groß sie sind, zu einer zielgerichteten Politik, die nicht nur imstande ist, die Jungen mitbestimmen zu lassen oder das Angebot einer sinnvollen Freizeitgestaltung in Anspruch zu nehmen.“

Durch dieses Konzept kann es auch geschafft werden, die Jungen vor Abwanderung zu bewahren und im Ort zu halten“, so der Vizepräsident der NÖ GemeindevertreterInnenverbands NR Bgm. Wolfgang Kocovar – der mit seiner Heimatgemeinde Ebreichsdorf heuer ebenfalls zu den ausgezeichneten Kommunen zählte.

Und auch der Präsident des Niederösterreichischen und Österreichischen Gemeindebundes Bgm. Johannes Pressl zeigte sich beim Festakt hochzufrieden: „Mit der Aktion NÖ Jugend-Partnergemeinde ist gewährleistet, dass Jugendarbeit keine einmalige, sondern eine sichtbare und nachhaltige Investition in die Zukunft einer Gemeinde ist.“

Darüber hinaus ist die Zertifizierung ein starkes Zeichen der Jugendpolitik des Landes Niederösterreich, das als einziges Bundesland Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte in allen 573 Gemeinden gesetzlich verankert hat. Unsere Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte sind somit die Drehscheibe für gute Ideen. Sie gestalten ihre Gemeinde aktiv mit.“

Hier eine kleine Auswahl an ausgezeichneten SPÖ-Gemeinden:



Enzenreith, Bezirk Neunkirchen



Groß-Enzersdorf, Bezirk Gänserndorf



Herzogenburg, Bezirk St. Pölten-Land



Krems, Statutarstadt



Scheibbs, Bezirkshauptstadt



Wieselburg, Bezirk Scheibbs

Copyright für alle Bilder: NLK/Burchert



© pixabay Vika Glitter

DRINGEND GESUCHT: LIEBEVOLLE PFLEGEELTERN FÜR KINDER IN NOT

In Niederösterreich startet aktuell eine groß angelegte Pflegeeltern-offensive, mit dem Ziel, noch mehr liebevolle Menschen zu gewinnen, die Kindern in schwierigen Lebenssituationen ein stabiles und geborgenes Zuhause geben möchten.

Ein Zuhause auf Zeit – mit großer Wirkung fürs ganze Leben

In Niederösterreich startet aktuell eine groß angelegte Pflegeelternoffensive, mit dem Ziel, noch mehr liebevolle Menschen zu gewinnen, die Kindern in schwierigen Lebenssituationen ein stabiles und geborgenes Zuhause geben möchten. Denn: Nicht alle Kinder können bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen – aus unterschiedlichsten Gründen. Was sie aber alle brauchen, sind Erwachsene, die sie mit offenen Armen empfangen, ihnen Sicherheit, Halt und Zuwendung geben.

Pflegeeltern übernehmen eine verantwortungsvolle, aber unglaublich bereichernde Aufgabe. Manche Kinder bleiben nur für kurze Zeit, andere über viele Jahre. Was zählt, ist den Kindern ein liebevolles und wertschätzendes Miteinander zu bieten, um ihnen die besten Chancen zu ermöglichen ein glückliches Leben zu führen.

Ein ganz normaler Alltag – und doch so besonders

Wenn man Anna* und Thomas* (*Namen geändert) aus dem Most-

viertel zuhört, merkt man sofort: Hier sprechen zwei Menschen mit großer Hingabe und offenem Herzen. Seit knapp zwei Jahren leben sie mit ihrem Pflegekind Jonas* (8) unter einem Dach – und sagen heute: „Es war die beste Entscheidung unseres Lebens.“

„Jonas hatte am Anfang große Schwierigkeiten, zur Ruhe zu kommen“, erinnert sich Thomas. „Aber schon nach wenigen Wochen hat er angefangen, uns zu vertrauen. Heute lacht er viel, hilft beim Kochen mit und ist in der Schule richtig aufgeblüht.“

Anna ergänzt: „Natürlich gibt es Herausforderungen. Aber wir sind nicht allein – die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt uns von Anfang an mit Beratung, Schulungen und regelmäßigen Gesprächen.“

Wer kann überhaupt Pflegeeltern werden?

Gesucht werden Menschen mit Herz, Geduld und Lebenserfahrung – ob alleinstehend oder als Paar. Vorausgesetzt wird im Wesentlichen:

- Hauptwohnsitz in Niederösterreich
- Altersunterschied zum Pflegekind in Langzeitpflege mindestens 25 und höchstens 45 Jahre, in kurzfristiger Pflege mindestens 25 und höchstens 60 Jahre
- Psychische und körperliche Gesundheit
- Gesicherte Einkommens- und Wohnverhältnisse (eigenes Zimmer für das Pflegekind)
- Keine Vorstrafen, die das Wohl eines Pflegekindes gefährden
- Regelmäßige Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe
- Positive Einstellung, Belastbarkeit und Zuverlässigkeit
- Annahme eines Pflegekindes mit seiner persönlichen Geschichte und seinen individuellen Herausforderungen
- Positive Einstellung gegenüber den Rechten der leiblichen Eltern
- Förderung der regelmäßigen Besuchskontakte zur Herkunftsfamilie
- Akzeptanz einer möglichen

Rückführung des Pflegekindes zu seinen leiblichen Eltern

- Das Jüngste in der Familie lebende Kind sollte das 3. Lebensjahr bereits vollendet haben und es dürfen maximal 4 Kinder in der Pflegefamilie leben
- Absolvierung eines Vorbereitungslehrganges für Pflegepersonen

Bevor ein Pflegekind bei Pflegeeltern aufgenommen werden kann, stellt die Kinder- und Jugendhilfe die Eignung der Bewerber fest. Erst nach positivem Abschluss der Eignungsüberprüfung kann ein Pflegekind in eine passende Pflegefamilie vermittelt werden.

Interessierte Personen können sich an die Fachkräfte der NÖ Kinder- und Jugendhilfe ihrer örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft oder ihrem Magistrat wenden.

Gemeinden als wichtige Kooperationspartner

Ein zentrales Element dieser Pflegeelternoffensive ist die enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden in Niederösterreich. Denn gerade auf kommunaler Ebene liegt ein großes Potenzial, Pflegeeltern zu gewinnen und die Versorgung von Pflegekindern langfristig ab-

zusichern. Gemeindevertretungen kennen ihre Bürger und Bürgerinnen, pflegen einen direkten Kontakt zu engagierten, sozialen Menschen und können auf lokaler Ebene gezielt Informationen anbieten. Durch diese wichtige Informations- und Vermittlerrolle der Gemeindevertretungen können gezielt möglich geeignete Pflegeeltern an die Kinder- und Jugendhilfe angebunden werden.

Der Hintergrund der Offensive ist der steigende Bedarf an Pflegeeltern in Niederösterreich, um insbesondere Unterbringungen von Pflegekindern ab 3 Jahren in stationären Einrichtungen zu reduzieren. Darüber hinaus werden laufend Pflegeeltern in der kurzfristigen Pflege benötigt, um Pflegekinder in Akutsituationen rasch in einer familiärer Pflege versorgen zu können.

„Man wächst mit der Aufgabe“

Für Anna und Thomas steht heute fest: „Wir haben nicht nur Jonas eine neue Perspektive gegeben – er hat auch unser Leben unglaublich bereichert.“

Und genau darum geht es in dieser landesweiten Offensive: Pflegekindern ein liebevolles Zuhause schenken – und Pflegeeltern eine sinnstiftende, erfüllende Aufgabe ermöglichen.

Online-Informations-Veranstaltung für Interessierte

Interessierte Personen können sich unverbindlich informieren und herausfinden, ob die Aufgabe als Pflegeperson für sie in Frage kommt. Weitere Informationen über die Pflegeelternschaft sowie Termine für Online-Informationsveranstaltungen finden Sie auf der Homepage der Kinder- und Jugendhilfe:

www.no.e.gv.at/noe/Familien/Pflegekinder_und_Pflegeeltern.html



© Adobe Stock



SJ-VORSTOSS: EIN EIGENES JUGENDBUDGET FÜR JEDE GEMEINDE

„Wenn wir bei uns etwas unternehmen wollen, gibt es nur wenige Möglichkeiten. Einen Platz eigens für Menschen meines Alters haben wir nicht“, erzählt Johanna Steger (18) aus Zwettl. Genau hier setzt das Jugendbudget an: Junge Menschen sollen ihre Gemeinde mitgestalten können.

Was simpel klingt, ist in der Praxis der Schlüssel, um Gemeinden wieder aufleben zu lassen: Orte werden lebendiger, Wege sicherer, Freizeitangebote passender. Junge Menschen erleben die Kommunalpolitik als greifbaren, lebendigen Prozess, an dem sie selbst mitwirken können.

Das Prinzip ist klar: Die Gemeinde stellt ein fixes Budget bereit, über dessen Verwendung die jungen Menschen vor Ort entscheiden. Die Ideen für Projekte entstehen aus Beobachtungen im Alltag der Jugendlichen, in Schulen, Vereinen oder bei Unternehmungen mit Freunden. Diese Vorschläge können eingebracht und in transparenten Jugendgremien (wie

einem „Jugend-Gemeinderat“) diskutiert und zur Abstimmung gebracht werden. Die Gemeinde berät, prüft die Machbarkeit und setzt die Projekte um. Daraus entstehen greifbare Erlebnisse, die den Alltag der jungen Menschen prägen.

Diese „Demokratie im Tun“ schafft neue Treffpunkte, die das Ortsbild lebendiger machen. Gleichzeitig stärkt sie das Vertrauen in die Demokratie: Politik wird für junge Menschen ein erlebbarer Prozess, den sie selbst mitbestimmen können.

Dass derartige Projekte funktionieren, beweisen bereits mehrere Gemeinden: In Gramatneusiedl (Bezirk Bruck/Leitha) wurde beispielsweise 2023 eine Freizeitsportanlage errich-

tet, die die Jugend von der Idee bis zur Umsetzung mitgestalten durfte. Das Ergebnis: Eine Anlage, die von einem Calisthenics-Bereich über einen Fußballplatz bis zu einer Pumptrack-Anlage sowie Grünflächen keine Wünsche offen lässt und intensiv genutzt wird.

Es ist an der Zeit derartige Erfolgsprojekte weiter voranzutreiben und jungen Menschen endlich mehr Mitsprache zu geben!



VOLKSHILFE NIEDERÖSTERREICH: TROTZ DEMENZ IST EIN GUTES LEBEN MÖGLICH

Die Diagnose Demenz stellt ein Leben auf den Kopf. Die Volkshilfe steht Betroffenen und Angehörigen in Niederösterreich mit Angeboten, Ratgebern und finanzieller Unterstützung zur Seite.

Auch mit Demenz ist ein gutes Leben möglich. Es geht darum, sich darauf zu konzentrieren, was man noch kann und will. Das gilt auch für pflegende Angehörige. Betroffene und Angehörige werden ermutigt rechtzeitig Unterstützung in Anspruch zu nehmen, denn so können sie ihre gemeinsame Zeit besser gestalten und allen das Leben erleichtern.

Die Volkshilfe Demenz-ExpertInnen kommen nachhause und erstellen gemeinsam mit den Betroffenen und Angehörigen einen Plan. Oft reicht schon der Besuch einer sozialen AlltagsbegleiterIn, die einmal pro Woche für ein paar Stunden vorbei schaut, Gesellschaft leistet

und die Angehörigen so Zeit haben, andere Dinge zu erledigen oder selbst ein bisschen durchzuschauen. HeimhelferInnen kommen auf Wunsch täglich vorbei und unterstützen im Haushalt, der Körperpflege und der Mobilisierung. Sollte professionelle medizinische Pflege nötig werden, hilft das Pflegeteam mit diplomierten Gesundheits- und KrankenpflegerInnen, Pflege(fach)assistentInnen sowie Physio- und Ergo-TherapeutInnen. Ist eine Betreuung rund um die Uhr sinnvoll, stehen die 24-Stunden-BetreuerInnen in Zusammenarbeit mit der Volkshilfe zur Verfügung.

Die Kosten für mobile Pflege und Betreuung sind in Niederösterreich

je nach Einkommen gestaffelt. Einen Teil fördert meist das Land. Sollte ein finanzieller Notfall eintreten, hilft die Volkshilfe ihren KundInnen auch mit Mitteln aus dem Volkshilfe-Demenz-Fonds.

Alle Infos,
der kostenlose Ratgeber
„Demenz verstehen“,
weitere Angebote zur
Unterstützung im Alltag u.v.m.
unter:
www.noe-volkshilfe.at/demenz
Service-Hotline: 0676 8676

volkshilfe.
NIEDERÖSTERREICH





der gemeinde-rat.



© NÖ GVV / Pia Odorizzi

DIE AUTORIN Mag.^a Sabine Blecha ist Juristin des NÖ GVV.
Kontakt: sblecha@gvvnoe.at

DIE AUFSICHTSBESCHWERDE: GEGEN MISSSTÄNDE & UNBELEHRBARE BGM

Aufsichtsbeschwerden helfen bei Missständen in der Gemeinde, vor allem wenn der Bürgermeister rechtswidrig handelt. Meistens endet die Beschwerde in einer Mitteilung der Rechtslage durch die Aufsichtsbehörde. Dies bedeutet aber nicht, dass sie per se zahnlos ist. Auch der Bürgermeister sollte an einer Vermeidung interessiert sein.

Ob eine Beschwerde erfolgreich ist, muss anhand der gesetzlichen Bestimmungen beurteilt werden.

Sie macht Sinn, wenn es um konkrete Amtshandlungen oder Entscheidung des Bürgermeisters geht, die rechtswidrig sind, insbesondere bei Missachtung der NÖ Gemeinde-ratsordnung. Betroffene Gemein-deräte können dies anzeigen, um rechtswidriges Verhalten des Bürger-meisters beanstanden zu lassen, bei-spielsweise bei der Sitzungsleitung oder Behandlung von Dringlichkeits-anträgen.

Wie läuft sie nun ab, was muss man tun, wer ist zuständig und was bewirken Aufsichtsbeschwerden? Der Gemeinde-Rat hat die Infos.

Allgemein

Die Gemeinde im eigenen Wirkungs-bereich ist an die Gesetze ge-bunden und ist der Aufsicht der Bezirkshauptmannschaft und der Landesregierung unterworfen. Auch der Bürgermeister unterliegt die-ser Aufsicht, daher kann eine Be-schwerde die erste Anlaufstelle für die Klärung von Missständen sein. Die Aufsichtsbehörde ist berechtigt, zu überprüfen, ob die Gemeinde in ihren Entscheidungen und Vorgangs-weisen die Gesetze einhält. Eine Auf-sichtsbeschwerde ist also eigentlich eine Anzeige an die Behörde, um einen bestimmten Vorfall oder eine bestimmte Vorgangsweise der Ge-meinde – in aller Regel des Bürger-

meisters – gesetzlich zu überprüfen. Anzeigeberechtigt ist jedermann, zB. auch Ortsfremde, um sich an die Auf-sichtsbehörde zu wenden und recht-lich bedenkliche Sachverhalte zu melden, hauptsächlich zeigen aber oppositionelle Gemeinderäte oder Wahlparteien Vorfälle an.

Die Beschwerde selbst ist an kei-ne Formvorschrift gebunden, eine schriftliche Form ist allerdings ratsam und üblich. Die Zuständigkeit zur Be-handlung von Aufsichtsbeschwer-den ist zwischen Landesregierung und Bezirkshauptmannschaft ge-teilt: Aufsichtsbehörde ist, so ferne die Gesetze nicht anderes bestim-men, grundsätzlich die zuständige Bezirkshauptmannschaft, soweit es sich jedoch um Angelegenheiten der Vollziehung der gesetzlichen Rege-lungen zur Gemeindegewirtschaft (III. Hauptstück der NÖ GO), um die Über-prüfung der Gemeindegebarung (§ 89), um die Verordnungsüberprüfung

(§ 88), um die Genehmigungspflicht genehmigungspflichtiger Rechtsge-schäfte (§ 90) und um die Auflösung des Gemeinderates (§ 94) handelt, die Landesregierung. Irrtümlich falsch eingebrachte Schriftstücke sind aber von Amts wegen an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Verlauf der Beschwerde

Nach Einbringen der Beschwer-de wird der Bürgermeister zur Stel-lungnahme aufgefordert. Danach beurteilt die Aufsichtsbehörde auf Grundlage der Beschwerde, der ein-gebrachten Unterlagen und der Stel-lungnahme des Bürgermeisters den Sachverhalt und teilt schließlich bei-den Parteien ihr Ergebnis mit, das die Rechtmäßigkeit des Vorgehens des Bürgermeisters bestätigt oder wider-legt. Die Gemeindeordnung selbst kennt drei Sachverhalte, bei deren Vorliegen die Aufsichtsbehörde, wenn sie davon Kenntnis erlangt, ver-pflichtet ist, einzugreifen. Demnach sind Beschlüsse des Gemeinderates, die in einer Sitzung gefasst wurden, die nicht ordnungsgemäß einberu-fen wurde, aufzuheben, sofern die mangelhafte Ladung nicht durch das Erscheinen des betroffenen Manda-tars bei der Sitzung geheilt wurde. Auch Beschlüsse zu Tagesordnungs-punkten, die ohne Anhörung des Ge-meindevorstandes im Vorfeld auf die Tagesordnung der Gemeinderatssit-zung genommen wurden, sowie Be-schlüsse, bei denen ein befangenes Gemeinderatsmitglied mitgewirkt hat, sind aufzuheben, wenn der Ge-meinderat bei Abwesenheit des be-fangenen Mitglieds nicht beschluss-fähig gewesen wäre oder wenn ohne diese befangene Stimme die erfor-derliche Stimmenmehrheit nicht zu-stande gekommen wäre. Nach Ablauf von drei Jahren nach dem Tag des Beschlusses oder wenn der Beschluss vollzogen wurde und ein Dritter be-reits gutgläubig Rechte erworben hat, ist eine Aufhebung allerdings nicht mehr zulässig.

Darüber hinaus kann die Landes-regierung in Ausübung des Aufsichts-rechtes des Landes den Gemeinderat auflösen, wenn er wiederholt entge-gen begründeten Vorhalten der Lan-

desregierung die Gesetze offensicht-lich verletzt hat oder ihm übertragene Aufgaben nach begründetem Vorhalt der Landesregierung innerhalb von sechs Monaten nicht erfüllt. Zu solch gravierenden Eingriffen führen Auf-sichtsbeschwerden allerdings nur in extrem seltenen Fällen.

Bedeutung und Wirkung einer Beschwerde

Grundsätzlich hat ein Beschwer-deführer keinen Anspruch auf eine Entscheidung der Aufsichtsbehör-de, was die Aufsichtsbeschwerde zu einem eher schwachen Rechts-behelf macht. Das Ergebnis einer Anzeige ist in aller Regel eine Infor-mation an den Bürgermeister und den Beschwerdeführer. Politisch betrachtet dient eine Aufsichtsbe-schwerde meist dem Ziel, rechtliche Verfehlungen des Bürgermeisters oder seiner Mehrheitspartei der Be-hörde bekanntzumachen und durch das Prüfungsergebnis die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch-zusetzen.

Nützlich ist eine Aufsichtsbe-schwerde, wenn eine strittige Frage der Auslegung der Gemeindeord-nung Klärung bedarf, wobei hier auch öfters auf eine Beschwerde ver-zichtet wird und der Gemeinderat selbst die Einholung einer Rechts-auskunft bei der Aufsichtsbehörde beschließt. Wird auf diese Weise die Rechtslage geklärt, dient das meist der besseren Zusammenarbeit in den Gremien der Gemeinde. Ein gutes Mittel kann eine Aufsichtsbe-schwerde auch sein, um ignorante Bürgermeister zu bremsen, die im-mer wieder kontinuierlich wichtige Rechte der Mandatare verletzen, zu-mal fortlaufende Gesetzesverletzun-gen, die von der Aufsichtsbehörde auch noch bestätigt werden, auch den Tatbestand eines Amtsmissbrau-ches darstellen können. Dies gilt vor allem für augenscheinliche Rechts-verletzungen, bei denen klar ist, dass die Aufsichtsbehörde die Auffassung des Beschwerdeführers teilt und es nahezu sicher ausgeschlossen ist, dass der Bürgermeister von der Be-hörde in seiner Rechtsauffassung Recht bekommt und der Schuss nach

hinten losgeht.

Erfahrungen und Tipps

In der Regel sind Aufsichtsbe-schwerden (vor allem zu Geschäfts-ordnungsstreitigkeiten) für den Wäh-ler und die Medien uninteressant und bringen für eine erfolgreiche, schlag-kraftige Öffentlichkeitsarbeit oft we-nig. Unter diesem Aspekt ist es daher wichtig, darauf zu achten, dass das Instrument der Aufsichtsbeschwerde mit Fingerspitzengefühl und Hausver-stand eingesetzt wird.

Für den Bürgermeister sind Auf-sichtsbeschwerden eher unangenehm und erfordern unnötigen und ver-meidbaren bürokratischen Aufwand. Eine funktionierende Gesprächskultur, in der Spielregeln und Rahmenbedin-gungen eingehalten werden, helfen, Aufsichtsbeschwerden zu vermeiden. Oft bietet der Gemeindevorstand eine Plattform für die zivilisierte Klärung strittiger Fragen, auch die freiwillige Einholung einer Rechtsauskunft ent-schärft Streitfälle. Allerdings muss klar-gestellt sein, dass den Empfehlungen und Beschwerdeentscheidungen der Aufsichtsbehörde entsprochen wer-den. Wurde festgestellt, dass zuwider der Gemeindeordnung gehandelt wurde, muss die Vorgangsweise um-gehend korrigiert werden.

Die Aufsichtsbeschwerde kann si-tuationsbedingt für die Opposition schon ein brauchbares Mittel sein, um die Behinderung der eigenen politi-schen Arbeit durch eine rechtswidrige Vorgangsweise des Bürgermeisters abzustellen. Auch wenn man keinen Rechtsanspruch auf Entscheidung hat – und die Anzeige in einer höf-lichen Mitteilung der Rechtslage und der Rechtsauslegung durch die Auf-sichtsbehörde endet, konnten dadurch schon mancherorts rechtswidrige „Sitten“ abgestellt werden. Dies umso mehr, wenn es sich um gravierende Fälle von Rechtswidrigkeiten handelt, die mitunter sogar strafrechtliche Er-mittlungen rechtfertigen. Jede Auf-sichtsbeschwerde, die nicht willkürlich eingebracht wurde, birgt die Gefahr für den Bürgermeister, doch einmal vor dem Strafrichter zu stehen. Dies hängt aber immer vom konkreten Einzelfall ab.

der gemeinde-rat.



DER AUTOR Baumeister Ing. Harald Patek ist auch Bauamtsleiter und Bau-sachverständiger.
Kontakt: office@patekbau.at

DAS BRINGT DIE NOVELLE DER NÖ BAUORDNUNG

Mit der Novelle der NÖ Bauordnung treten ab März 2026 umfassende Änderungen in Kraft. Ziel ist es, Verfahren zu beschleunigen, klare Regeln für erneuerbare Energien zu schaffen und Gemeinden mehr Planungssicherheit zu geben. Doch die neuen Bestimmungen bringen nicht nur Erleichterungen, sondern auch neue Herausforderungen für die kommunale Verwaltung.

Die neue Bauordnung für Niederösterreich tritt im März 2026 in Kraft und markiert einen wesentlichen Schritt in Richtung Modernisierung und Anpassung des Bauwesens an aktuelle gesellschaftliche und ökologische Anforderungen. Gemeinden stehen dabei im Zentrum der Umsetzung, da sie als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie als Bewilligungsbehörden unmittelbar betroffen sind.

Beschleunigung von Verfahren

Eine der größten Änderungen betrifft die Fristen im Baubewilligungsverfahren. Gemeinden müssen künftig schneller auf Anträge reagieren, insbesondere bei erneuerbaren Energie-

anlagen wie Photovoltaik oder Solaranlagen. Fristen von 30 bis 45 Tagen für die Bestätigung der Vollständigkeit sollen Bürgerinnen und Bürgern rasch Klarheit bringen. Diese Beschleunigung stärkt die Position der Antragsteller, erfordert aber von den Bauämtern effizientere Organisation und klare Zuständigkeiten. Gemeinden, die frühzeitig digitale Werkzeuge und standardisierte Prüflisten einsetzen, können die Vorgaben leichter erfüllen.

Erleichterungen im Bestand

Eine weitere Neuerung bringt Erleichterungen für Bauten, die vor dem 01.02.2015 bewilligt wurden. Bei Zubauten, Nutzungsänderungen oder Abänderungen gelten nun vereinfach-

te Standards. Damit sollen Modernisierungen erleichtert und Investitionen angeregt werden. Gemeinden profitieren von einer höheren Sanierungsquote im Altbestand, müssen aber sicherstellen, dass grundlegende Sicherheitsstandards eingehalten werden. In der Praxis bedeutet dies eine stärkere Kontrollfunktion der Gemeinde, auch wenn die Anforderungen für Bauwerber gesenkt werden.

Indexanpassung und finanzielle Planung

Ein zentrales neues Instrument ist die Möglichkeit der automatischen Indexanpassung. Gemeinden können damit ihre Einheitssätze und Abgaben, etwa für Aufschließungs- oder Stellplatzabgaben, jährlich an den Baukostenindex koppeln. Diese Dynamik verschafft den Kommunen mehr Planungssicherheit und schützt vor Wertverlust durch Inflation. Gleichzeitig erfordert sie aber auch eine transparente Kommunikation gegenüber der Bevölkerung, um Akzeptanz für steigende Abgaben zu sichern.

Ortsbild, Bauwuch und Nachbarschaft

Die Novelle verschärft in Teilen die

Regelungen zum Ortsbildschutz. Gemeinden haben hier eine Schlüsselrolle. Sie müssen einerseits Bauprojekte fördern, andererseits die Charakteristik ihrer Ortskerne bewahren. Besonders sensibel ist der Bauwuch, also der Mindestabstand zu den Grundstücksgrenzen. Die neue Bauordnung erlaubt unter bestimmten Bedingungen mehr Flexibilität, verlangt jedoch, dass Nachbarrechte und die ausreichende Belichtung von Hauptfenstern gewahrt bleiben. Für Gemeinden bedeutet das eine intensivere Prüfung, um Konflikte zwischen Bauwerbern und Anrainern zu vermeiden. Gleichzeitig wird die Parteilstellung von Nachbarn eingeschränkt, was Verfahren beschleunigen soll, aber die Verantwortung der Gemeinde in der Abwägung erhöht.

Stellplatzregelungen – ein Balanceakt

Auch bei Stellplätzen bringt die Novelle Veränderungen. Für bestimmte Wohnformen wie „Begleitetes Wohnen“ oder „Junges Wohnen“ gelten künftig reduzierte Mindestzahlen. Zudem entfallen unter Umständen Verpflichtungen zur Schaffung zusätzlicher Stellplätze bei Altbestand. Gemeinden müssen hier sensibel entscheiden. Einerseits soll der motorisierte Individualverkehr reduziert und die Kostenbelastung der Bauwerber gemindert werden, andererseits bleibt die Nachfrage nach Parkraum in vielen Orten hoch. Das Spannungsfeld zwischen Mobilitätswende und praktischer Alltagstauglichkeit zeigt sich hier besonders deutlich.

Digitalisierung und Transparenz

Entscheidungen im Genehmigungsverfahren müssen

künftig verstärkt öffentlich zugänglich gemacht werden. Diese Transparenzpflicht stärkt die Nachvollziehbarkeit, erhöht jedoch auch den administrativen Aufwand in den Gemeinden. Digitalisierung wird damit zu einem zentralen Erfolgsfaktor – Gemeinden, die ihre Verwaltungsprozesse modernisieren, sind klar im Vorteil. Investitionen in digitale Plattformen, Archivierungssysteme und Online-Kommunikation werden daher in den nächsten Jahren unverzichtbar sein. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung Chancen für verständliche Bürgerinformation und frühzeitige Beteiligung. Digitale Bürgerservices, etwa Online-Verfahren oder elektronische Akteneinsicht, werden den Alltag der Bauwerber erleichtern und die Position der Gemeinden als moderne Dienstleister stärken.

Herausforderungen für die Gemeinden

Die Bauordnungsnovelle bringt für Gemeinden Chancen, etwa durch neue Einnahmen, klare Vorgaben für Energiewendeprojekte und mehr Handlungsspielräume im Bestand. Gleichzeitig verschärfen sich jedoch die Anforderungen an das Personal, Fachwissen und interne Abläufe. Gemeinden werden künftig verstärkt ge-

fordert sein, fachliche Expertise vorzuhalten und in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren. Gerade kleinere Gemeinden könnten hier an Grenzen stoßen, wenn Ressourcen fehlen. Kooperationen, interkommunale Lösungen und Unterstützung durch das Land Niederösterreich gewinnen daher an Bedeutung. Ebenso werden verstärkte Beratungsangebote und zentrale Informationsstellen notwendig sein, damit die Bauordnung in allen Regionen gleichermaßen effizient umgesetzt werden kann. Besonders die Umstellung in der Anfangsphase wird anspruchsvoll sein.

Fazit

Die neue NÖ Bauordnung ist mehr als eine bloße Gesetzesänderung, sie ist ein Instrument, das die Zukunft des Bauens maßgeblich prägen wird. Für Gemeinden bedeutet sie einen Balanceakt zwischen Beschleunigung, Rechtssicherheit und Qualitätssicherung. Gelingt dieser Spagat, können die Kommunen nicht nur effizientere Verfahren anbieten, sondern auch aktiv an einer nachhaltigen und lebenswerten Entwicklung ihrer Orte mitwirken. Der Erfolg wird davon abhängen, ob es gelingt, Bürgerbeteiligung, Digitalisierung und Fachkompetenz in Einklang zu bringen.





DER NÖ GVV WÜNSCHT FROHE WEIHNACHTEN UND EIN ERFOLGREICHES NEUES JAHR!

Impressum/Offenlegung Kommunale Information magazin (KIm)

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in Niederösterreich,
Spiegelstraße 89, 2620 Ternitz – St. Johann
Obmann: NÖ GVV-Ehrenpräsident Rupert Dworak
Obmann-Stellvertreter: NÖ GVV-Direktor StR Mag. Ewald Buschenreiter
ATU 65073733

Unternehmensgegenstand: Produktion und Herausgabe einer Mitgliederzeitung für den
Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich.

Grundlegende Richtung: Information aus kommunal relevanten Bereichen

Anschrift der Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnoe.at),

Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.^a Sabine Blecha, Erwin Ernst Steinhammer, Ing. Harald Patek.

Autor der SPNÖ-Seite: Erwin Nussbaum-Kranz

Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

Grafik: FRIEDL UND SCHMATZ GesmbH und Co KG, Tulln

Druck: Ferdinand Berger & Söhne GesmbH, Horn